

Erst- und Zweit-
preis: hochentw.
Durch die Post bezogen
Anzahlgenosse
Raum 12 Pf., Vereins- u.
preis: Die dreigespaltenen
70 Pf., — Schluss der Anze.
8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Samstag-Expedition: Breslau 10, Treibitzer Straße 50, Telefon 580 39. Postfach 1011; **Belegstellen:** Breslau, Treibitzer Straße 50, Telefon 230 02. **Expeditionen:** Glatz, Wilhelmstraße 26, Telefon 4085; **Verlag:** Schiefelbusch, Verlags-Gesellschaft m. B. H., Breslau. — Druck: „Neubau“ Berlin, Fil. Breslau, Treibitzer Str. 50.

Kommunisten besetzen den Rundfunk

Statt des „Vorwärts“-Redakteurs Dr. Wolfgang Schwarz hält der KPD.-Landtags- abgeordnete Karl Schulz durch den Rundfunk eine 15 Minuten lange Rede für das Volks- begehren gegen Panzerkreuzer

(Fig. Ber.) Berlin, 7. Oktober.

Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse machten den Versuch, die Massendemonstration des Volksbegehrens gegen Panzerkreuzerbau durch eine Barschwendung des Schweigens zu sabotieren, ihre Leser nicht einmal über die Tatsache der Eröffnung des Volksbegehrens zu unterrichten, geschweige denn dagegen zu argumentieren. Angesichts dieser Tatsache sowie des weiteren Umstandes, daß im „demokratischen“ Deutschland die KPD. als einzige Partei von der Benutzung des Rundfunks zu politischer Aufklärung ausgeschlossen ist, beschloßen mehrere Kommunisten, sich auf einem andern Wege den Zutritt zum Rundfunk zu verschaffen, um ihn in den Dienst des Volksbegehrens gegen den Panzerkreuzerbau, in den Dienst der arbeitenden Bevölkerung und ihrer Interessen zu stellen. Das war nur möglich, indem ein vom Rundfunk für einen politischen Vortrag vorgesehener Redner aus Berlin entfernt und an seiner Stelle am Sonnabendabend einem kommunistischen Sprecher die Möglichkeit, im Rundfunk zu sprechen, verschafft wurde. Die Wahl fiel hierbei auf den „Vorwärts“-Redakteur Dr. Wolfgang Schwarz, der am Sonnabend 19.30 Uhr ursprünglich im Rundfunk über Friedensfragen sprechen sollte. Dr. Schwarz wurde am Tage vor seinem Vortrag von einer angeblichen Photogentur angerufen, die ihn aus Anlaß seines Vortrages um Ueberlassung eines

Bildes und einiger Zeilen bat, worauf der „Vorwärts“-Redakteur bereitwilligst einging. Ebenso bereitwillig nahm er am Abend des Vortrages eine angebliche Einladung des Rundfunks an, per Auto zu seinem Vortrag abgeholt zu werden. Das Auto brachte Herrn Dr. Schwarz jedoch in die dunkle Herbstnacht und nicht nach dem Bog. Haus. Dort hielt inzwischen der Generalsekretär des Reichsausschusses für Volksbegehren, Genosse Landtagsabgeordneter Schulz-Neudän, ungehört seine Rede für das Volksbegehren. Der Redakteur Dr. Schwarz ergab sich in sein Schicksal, bat jedoch, ihn nicht allzu weit von Berlin abzuweisen, worauf ihn die Genossen denn auch auf der Heimfahrt noch ein Stück mitnahmen, bevor er aussteigen mußte. Nach Abschluß seines Vortrages wollte man dem Genossen Schulz 150 Mark Honorar für seinen Vortrag ausshändigen. Genosse Schulz erklärte daraufhin, er sei gar nicht Herr Dr. Schwarz, sondern der kommunistische Landtagsabgeordnete Schulz, er müsse deshalb die Annahme des Honorars ablehnen, da er Herr Dr. Schwarz nicht seines Geldes berauben wolle. Er ersuchte darum, das Geld für den Vortrag Herrn Dr. Schwarz zu übermitteln. Der Beamte des Rundfunks war naturgemäß völlig verblüfft. Freundlich grüßend verließ Genosse Schulz die Räume der Funkstunde.

nichtung aller Kriegsvorräte, Kriegsmittel für den Gemischten Krieg und aller anderen Rüstungs- und Fortschrittsmittel. Die Sowjetmacht forderte, daß zur Kontrolle der Abrüstung außer Regierungsvertretern die Vertreter der Arbeiterorganisationen aller Länder entscheidend herangezogen werden sollen. Mit frechem Hohn haben die Vertreter der kapitalistischen Länder diesen Vorschlag sabotiert. Die Sozialdemokraten aller Länder unterstützten dabei die imperialistischen Regierungsvertreter aller Länder. Allerdings, die kapitalistischen Regierungen und die sozialdemokratischen Parteivertreter können es nicht wagen, die Abrüstungsfrage der Kontrolle der Arbeiterklasse zu überlassen. Alle imperialistischen Länder rüsten gewaltig zu Wasser, zu Lande und für den Luftkrieg. Ihr Friedensgerede ist eitel Lug und Heuchelei, ist bewußter Betrug der Völker. Das Volksbegehren richtet sich gegen die Aufrüstung des neubestehenden Imperialismus. Es ist ganz zweifellos, daß die deutschen imperialistischen Kreise im Solde Englands und seiner Verbündeten in die Front gegen Sowjetrußland einschwenken. Der neue deutsche Imperialismus fühlt sich solidarisch mit den anderen imperialistischen Lobsfinden des Arbeiter- und Bauernstaates Rußland. Wer neuen Krieg verhindern will, muß das Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau unterstützen! Es muß das ganze imperialistische Rüstungsverbrechen tödlich getroffen werden. Unsere deutschen Imperialisten sprechen offen aus, daß sie neben den anderen imperialistischen Mächten gleiche Weltgeltung haben wollen. Sie fordern Kolonien! In rasendem Tempo geht es neuen Weltkriegsabenteuern entgegen! Die kommunistische Partei läßt keinen Zweifel darüber; provozieren die Imperialisten einen neuen Krieg, so werden wir darauf mit der Revolution antworten! Wirkliche Friedenssicherungen, das darf nicht übersehen werden, erfordert den Sturz der Friedensstörer, der imperialistischen Machthaber aller Länder! Weg mit der Verschleuderung von Millionen für Panzerschiffel Sozialfürsorge und Kulturpolitik, fordern die werktätigen Massen! **Werttätige Deutschlands, heraus zum Volksbegehren!** Einzeichnen ist die Parole! Das Volksbegehren, der Volksentscheid ist eine Sammlung der Massen gegen den Imperialismus und seine Kriegspläne. Der „Vorwärts“-Redakteur Herr W. Schwarz sollte heute an dieser Stelle sprechen. Die KPD. hat seine Rede jedoch abgelehnt, weil es wichtiger ist, die Arbeitenden Deutschlands über das Volksbegehren zu informieren. Darum Herr Schwarz heute an dieser Stelle nicht sprechen konnte, darüber wird er im „Vorwärts“ berichten. Darum ich als kommunistischer Abgeordneter und Beauftragter der KPD. hier gesprochen habe, das, geehrte Hörschaft, lesen Sie gefälligst in der „Noten-Fahne“ und der „Welt am Abend“ nach. Im Namen der KPD. grüße ich die werktätigen Massen Deutschlands. Ich grüße Sowjetrußlands Arbeiter und Bauern!

Die Rede des Genossen Schulz: Nur der Sieg der proletarischen Revolution sichert den Frieden

Probleme der Friedenssicherung ist das Thema, worüber zu sprechen ist. Das Thema steht im engen Zusammenhange mit dem schwebenden Volksbegehren, zu dem die Einzeichnungslisten bereits öffentlich ausgelegt sind. Kann man den Frieden sichern, wenn man 500 Millionen für Panzerkreuzerbau auszugeben bereit ist? Das aber ist die Konsequenz des Beschlusses der Reichsregierung vom 10. August d. J., 500 Millionen sollen zur neuen Flottenaufrüstung verwendet werden, doch es fehlt der hundertste Teil, fünf Millionen Mark, für Kinderpeisung. Der Beschluß, Panzerkreuzer zu bauen, hat eine ungeheure Erregung in den werktätigen Massen hervorgerufen. Die werktätigen Massen Deutschlands begrüßen es daher, daß ein Volksbegehren gegen Panzerkreuzerbau eingeleitet worden ist. Der Gesekentwurf, der diesem Volksbegehren zugrunde liegt, lautet: „Der Bau von Panzerschiffen und Kreuzern jeder Art ist verboten!“ Die Einzeichnungsfrist zu diesem Volksbegehren hat bereits am 3. Oktober begonnen. Sie läuft nur bis zum 16. Oktober. Jeder, der gegen neue Kriegsabenteuer kämpft, muß sofort seinen Namen in die Einzeichnungslisten eintragen. Eintragungsberechtigt ist jeder Reichstagswähler und jede Reichstagswählerin. Auch alle, die bis zum 16. Oktober das 20. Lebensjahr vollendet haben, können ihren Namen in die Einzeichnungslisten schreiben. Eine Million deutscher Familien hat keine eigene Wohnung. Vielleicht 1 1/2 Millionen weiterer Familien leben in erbärmlichen Wohnhöhlen. Trotz dem sollen 500 Millionen Mark für Panzerkreuzerbau hinausgeworfen werden. Millionen bleiben weiterhin wohnungslos. Die Sozialfürsorge für die Opfer der Arbeit und des Krieges ist jammervoll. Kriegeshinterliebene, Kriegsverwundete, Arbeitslosen hungern, weil ihnen skandalös geringe Renten gezahlt werden. Die kleinen Bauern und Pächter haben keine oder unzureichende Kreditbeschaffungsmöglichkeiten. Das Reich stellt keine Mittel zur Kredithilfe für die kleinen Bauern, Pächter und Stiebler zur Verfügung. In furchtbarem Elend lebt auch die Masse der Inflationsgeschädigten, Kleinbürgerliche Elemente. Die großen Unternehmer, die Finanzherren, die Trustkapitalisten streichen gewaltige Gewinne ein. Wenn nun der Panzerkreuzerbau nach dem ABG erfolgen soll, so wird die unmittelbare Folge unzweifelhaft eine riesenhafte Steigerung der Steuerlasten für die werktätigen Schichten des deutschen Volkes sein. Die Kriegsgefahr schwebt bereits als drohendes Gespenst über Europa. Die Enthüllungen der letzten Tage über die Aufmarschpläne gegen Sowjetrußland zeigten das in greller Deutlichkeit. Es ist viel illusionäre Hoffnung auf den Völkerverbund gesetzt worden. Der Völkerverbund ist die U. m. B. P. der imperialistischen Machthaber.

Seine Politik ist schamloseste und phrasenreiche Verteidigung des räuberischen Imperialismus. Jede Vergewaltigung, die unerhörteste Ausplünderung der werktätigen Massen und der unterdrückten Völker bedeckt und unterstügt der Völkerverbund. Der Völkerverbund spricht in seinem Statut davon, daß die Friedenssicherung durch Abrüstungsmaßnahmen herbeigeführt werden soll. Praktisch hat das Wirken des Völkerverbundes das Gegenteil herbeigeführt. Die imperialistischen Staaten haben heute über eine Million Mannschaften mehr unter den Waffen als das 1913 der Fall war. Die Vernichtungswerkzeuge, mit denen die Heere ausgerüstet sind, haben einen phantastischen Wirkungsgrad erhalten. Die Sowjetregierung hat der Abrüstungskonferenz im November 1927 einen radikal und konsequent durchdachten Abrüstungsplan unterbreitet. Sie sagt in ihrem Vorschlag an die Abrüstungskonferenz: „Die Delegation der Sowjetmacht ist von ihrer Regierung ermächtigt, die vollkommene Abschaffung aller Land-, See- und Luftstreitkräfte vorzuschlagen.“ Sie schlug ferner vor die Vernichtung aller Waffen, die sich bei den Truppen oder in Waffen- oder anderen Lagern befinden, Ver-

Der Faschistenaufmarsch in Wien Reine Zusammenstöße — 200 Kommunisten verhaftet

Wien, 7. Oktober. Der Heimwehraufmarsch ist vollkommen ruhig verlaufen. Während der Nacht sind sowohl in Wiener-Neustadt wie auch in der Umgebung mehrfach Kommunisten verhaftet worden. Kleinere Kommunistentruppen, die auf dem Marsch nach Wiener-Neustadt waren, wurden aufgehalten und zurückgeschickt. In Wiener-Neustadt herrscht seit den Nachstunden bewegtes Leben und Treiben. Dabei vollzog sich alles in voller Ruhe. Die Ausladung der Heimwehr auf dem Hauptbahnhof begann bereits kurz nach zwei Uhr morgens. Die Heimwehren marschierten direkt auf den ihnen als Sammelplatz angewiesenen Turmplatz, der außerhalb der Stadt liegt. Dort lagerten sie während der Nachstunden. Pünktlich um 9 Uhr morgens begann der Zug der Heimwehr in die Stadt. Der Aufmarsch bewegte sich in der vorgeschriebenen Ordnung. Den Sicherheitsdienst vollzog fast nur Gendarmen und Polizei. Nur auf dem Hauptplatz ist Militär zu sehen. In verschiedenen Stellen der Stadt erwarteten Zuschauer den Zug. Darunter auch zahlreiche Abgeordnete der Christlich-Sozialen und der Großdeutschen Partei. Der Zug führte insgesamt zwölf Musikkapellen, elf große Banner und 151 Standarten und Wimpel mit. Die Zahl der Teilnehmer entspricht den vorherigen Ankündigungen. Es waren etwa 12-20 000 Mann auf dem Turmplatz versammelt, die allmählich in die Stadt einrückten. Kurz nach neun Uhr trat die Spitze des Zuges beim Gebäude der ehemaligen Militärakademie ein. Um zehn Uhr erreichte sie den vielmehrstrittenen Hauptplatz, der in etwa 40 Minuten über-

schritten war. Inzwischen waren in anderen Teilen der Stadt die Formationen des Schutzbundes aufmarschiert, die die Sicherung und den Ordnungsdienst der nachfolgenden sozialdemokratischen Demonstrationen gewährleisten sollten. Im ganzen sind etwa 20 000 Schutzbündler von Wien und Umgebung mit der Eisenbahn nach Wiener-Neustadt befördert worden. Die Gesamtzahl der sozialdemokratischen Teilnehmer dürfte wohl allerdings größer sein. Nach Schluß der Feier erfolgte sofort der Abmarsch der Heimwehr zum Bahnhof, wo die Heimfahrt unmittelbar angetreten wurde. Gleichzeitig mit dem Abmarsch der Heimwehren aus dem Stadtdinnern begann ordnungsgemäß der Einmarsch der Sozialdemokraten vom Hauptbahnhof her in die Stadt. Der Zug, der überall von uniformierten Schutzbündlern begleitet wurde, führte zahlreiche rote Fahnen mit sich. Auf den Plätzen der Stadt machten die Züge Halt. Vom Balkon des Rathauses wurden von den Parteiführern Reden gehalten. Wien, 7. Oktober. Während der letzten Nacht und am Sonntagmorgen sind auch in Wien zahlreiche Kommunisten verhaftungen, etwa 200 an der Zahl, vorgenommen worden. Die Stadt Wien bietet das gewohnte sonntägliche Bild. Von Arzenei ist nichts zu merken. Auch von der verstärkten Bereitschaft der Polizei ist wenig zu sehen. In den Hauptstraßen lauern von Zeit zu Zeit einzelne Polizeiposten auf. Die polizeiliche Bemachung der Polizeidirektion und anderer öffentlicher Gebäude geschieht unsichtbar.

Schlichtungsverhandlungen in Waldenburg scheitern

Der Kampf wird fortgesetzt — Bergarbeiter, laßt Euch nicht überrumpeln!

Waldenburg, 8. Oktober.

Auf Einladung des Schlichters fanden am Sonnabend Schlichtungsverhandlungen über die Löhne der Bergarbeiter statt. Die Unternehmer machten keinerlei Angebot. Die Arbeitnehmer-Vertreter konnten angesichts dessen von der Forderung auf 15 Prozent Lohnerhöhung nicht ablassen. Die Verhandlungen scheiterten und werden am Montag fortgesetzt. Am Sonntag fand eine Kundentagung der Bergarbeiter statt, in welcher lediglich ein Bericht von den Sonnabend-Verhandlungen gegeben wurde. Der Streik wird in der bisherigen geschlossenen und selbstständigen Art fortgesetzt. Streikbrecher gibt es nicht.

Noch vor kurzem erklärten die Gewerkschaftsführer, daß sie einer Aufforderung zu Schlichtungsverhandlungen nicht Folge leisten werden. Richtig sind sie umgefallen und sind hingegangen. Was bedeutet das? Nichts anderes, als daß der Streik der Bergarbeiter durch den Schlichter mit Unterstützung der Gewerkschaftsführer mit einem Kompromiß, d. h. nicht mit 15 Prozent Lohnerhöhung, abgeschlossen werden soll. Das dürfen die Bergarbeiter nicht zulassen. 15 Prozent ist das Mindeste, was

der Streik bringen muß. Die Grubenbesitzer haben 18 Millionen bereits erhalten. Weitere Gehälter sind ihnen in Aussicht gestellt. Sollen die Bergarbeiter leer ausgehen oder mit 4-5 Prozent sich zufriedengeben? Nein!

Sofort müssen organisatorische Maßnahmen ergriffen werden, die die Streikfortsetzung bis zum Sieg ermöglichen. Die Delegierten müssen Streikstellungen aus ihrer Mitte wählen. Diese Streikstellungen müssen zu kritischen und zu einer Zentralkomitee zusammengestellt werden. Nur wenn in den Streikstellungen, insbesondere in der Zentralkomitee die besten Klassenbewußten Kollegen aus den Betrieben sind, ist ein vorzeitiger Streikabbruch mit unzulänglichem Ergebnis, wie er von den gegenwärtig in der Zentralkomitee sitzenden Gewerkschaftsangehörigen unzweifelhaft geplant wird, unmöglich.

Waldenburger und Neurober Bergarbeiter, der Kampf muß ohne Rücksicht auf die Maßnahmen des Schlichters, Reichsarbeitsministers und Gewerkschaftsangehörigen bis zur Erreichung der geforderten 15-prozentigen Lohnerhöhung fortgesetzt werden. Beauftragt die am Dienstag zur Reichskonferenz gehenden Delegierten, in diesem Sinne Stellung zu nehmen!

Zur kommunistischen Rundfunkrede

Die SPD-Bresse ruft nach dem Zuchthaus

Der Sozialdemokratische Pressedienst als auch der „Vorwärts“ verbreitete am Sonnabendabend einen Bericht über den abhandlungsgelommenen „Vorwärts“-Redakteur und versuchte die Entfremdung dieses an seiner Rundfunkrede verbindechten Sozialdemokraten als gruselig darzustellen, indem er behauptet, Schwarz wäre mit einem geladenen Revolver bedroht worden. Tatsache ist, daß der Revolver ungeladen war.

Schwarz selbst fragte im Auto zum Schluß, ob es „überhaupt richtige Revolver“ seien. Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ aber stellt aufatmend fest: „Schwarz ist unverletzt.“ Da lachen die Quäner.

Erster ist jedoch, daß die SPD plötzlich auf alle „Demokratie“ pleißt, von „Mißbrauch des Rundfunks“ spricht und zum Schluß ganz offen nach dem Zuchthaus für die beteiligten Kommunisten schreit.

Warnzustand aus Angst vor Blamage

Der Schrei nach dem Staatsanwalt ist so lächerlich, daß sogar die deutschnationale Zeitung „Der Montag“ feststellen muß:

„Die Republik ist in Alarmzustand. Vom preußischen Innenminister und Polizeipräsidenten bis zum letzten Botenjungens des Vorwärts hat alles die verfassungswidrig garantierte Sonntagsruhe geopfert. Was ist passiert? Ein Zufall? Ein großer Streik? Ach nein, die Kommunisten haben sich einen schlechten Scherz erlaubt.“

Kommunalwahlen verschoben!

Vom Landtag beschloffen — Bruch der „demokratischen“ Verfassung

Auf der Tagesordnung der Sonnabend-Sitzung des Landtages stand die Weiterberatung des Gesetzentwurfes über die Festsetzung der Wahlen zu den Provinziallandtagen, Kreistagen und Gemeindevertretungen.

Genosse Oberdorfer nagelte noch einmal besonders fest, daß für den bewußten Raub des Gemeindefortschritts für die ungefähre Dauer von zwei Jahren die Sozialdemokraten voll und ganz verantwortlich sind. Noch einmal zerpflückte er alle die demagogischen Einwendungen, die von den Bürgerlichen für die Verschiebung der Kommunalwahlen erhoben werden sind. Maßgebend war allein das Motiv, der Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Zeit eine Abrechnung der Wähler mit dem sozialimperialistischen Panzerkreuzer-Luz zu ersparen. Bei dem ganzen Theater, bei dem die SPD einen Scheinlauf um die Festhaltung des 2. Dezember 1928 als Wahltermin führte, handelt es sich um ein abgekartetes Spiel zwischen dem sozialdemokratischen Innenminister und der SPD-Fraktion einerseits und den Bürgerlichen andererseits.

Der schamlose Raub des Gemeindefortschritts für zwei Jahre heißt übrigens einen Bruch der vielgesprochenen „demokratischen“ Verfassung dar. Nach Art. 30 der Preussischen Verfassung bedürfen Gesetze, die einen verfassungswidrigen Charakter haben, einer Zweidrittelmehrheit.

Art. 13 der Verfassung sagt weiter, daß die Wahlzeit des Landtages vier Jahre ist, und Art. 74 sagt ausdrücklich, daß die Grundzüge der Wahlen auch für die Wahlen zu den Provinzial-, Kreis- und Gemeindevertretungen gelten.

Wir Kommunisten sind gewiß keine Verteidiger dieser Verfassung. Aber es ist doch recht charakteristisch, daß alle die Parteien, die die Demokratie so hoch preisen, ihre eigenen demokratischen Grundzüge und die von ihnen hochgepriesenen Bestimmungen der Verfassung mit Füßen treten, wenn ihnen die Wahlzeit ihre Glieder ersparten läßt. (Stimm bei den Kommunisten.)

Das Gesetz wurde in der Endabstimmung, die auf Antrag der Kommunisten eine namentliche war, mit 204 Stimmen der Bürgerlichen gegen 155 Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen und somit der Wahlrechtsraub sanktioniert.

Nach der vollendeten Verabschiedung des Wahlrechtsraubes wollten die Parteien den Landtag vertagen und bis zum 1. November wieder in die Ferien gehen. Durch einen Geschäftsordnungsantrag des Genossen Schwarz ist gelang es aber, durchzusetzen, daß noch der Nachschuß über die Stilllegung der Schachanlagen „Rhein I“ und „Rhein II“, den Genosse Schubert ergründete, entgegengenommen und der kommunalistische Antrag über die Erhöhung der Eisenbahnpreise, der von der Regierung verlangt, dafür angekündigt, daß dieselbe rückgängig gemacht wird, verhandelt wurde.

Über die Erregung, die alle Gralshüter der Republik befallen hat, scheint doch mehr von der Furcht vor der Blamage als von staatspolitischen Erwägungen diktiert zu sein.“

„Samos ausgeknobelt, schneidig durchgeführt“

Das Urteil eines bürgerlichen Blattes

Unter der Überschrift „Der Duzarenstreik der Kommunisten“ schreibt die „Welt am Montag“:

Den Streik am Rundfunk haben die Kommunisten genau so famos ausgeknobelt und so schneidig durchgeführt, wie seinerzeit die Entführung ihres Genossen Braun aus Moabit. Wieder wurde keinem Menschen ein Haar gekrümmt; vermußtlich waren die Revolver, die sie dem entführten Rundfunkredner, dem sozialdemokratischen Redakteur Wolfgang Schwarz, unter die Nase hielten, auch diesmal gänzlich ungeladen; und über den unerhofften Autoausflug nach Groß-Ziethen wird er auch nicht weiter böse gewesen sein; denn erstens ist das ja ein sehr schöner Ort, und zweitens hat ihm sein Erlagmann das Honorar nicht weggenommen, das für die Vortragenden meist die Hauptsache zu sein pflegt. Es ist also keinem Menschen etwas Böses geschehen.

Ran wird vermutlich in Zukunft besser aufpassen, um die Harmlosigkeit der Reden zu garantieren. Aber vielleicht wäre es ratsamer, einmal über Mittel und Wege nachzudenken, wie der Rundfunk ein wirklich lebendiges Instrument der Zeit werden kann, statt eines politischen Schlafmittels!

Freibruch im Gattenmordprozess Treiber

M. Dresden, 6. Oktober. Nach vierstägiger Verhandlung verkündete das Gericht am Sonnabend folgendes Urteil: „Im Namen des Volkes! Der Angeklagte ist kostenlos freigesprochen.“

Die Begründung des Urteils besteht nur aus einem Satz: „Das Schwurgericht kann nach eingehender Erörterung der einschlägenden Verhältnisse nicht die Möglichkeit ganz ausschließen, daß Frau Treiber doch einem Unfall zum Opfer gefallen ist.“

SPD-Ortsgruppe für die Beteiligung am Volksbegehren

Die unzer Bruderblatt in Ludwigshafen, die „Arbeiter-Zeitung“, berichtet, fand in Bruchhof (Pfalz) eine Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei statt. In dieser Versammlung wurde einstimmig beschlossen, sich am Volksbegehren zu beteiligen, trotz entgegenstehender Anweisung der Parteileitung. Einmütig wurde weiter beschlossen, so lange der Parteileitung die Gefolgschaft zu versagen, bis der Panzerkreuzerkurs grundlegend geändert ist. Bruchhof war bisher eine Hochburg der SPD.

Aus der Partei!

Das Bolbüro beschloß in seiner Sitzung vom 5. Oktober, folgende Erklärung von 25 Mitgliedern des ZK. sofort in der Parteipresse zu veröffentlichen:

Die Unterzeichneten erklären nach Kenntnisnahme neuer Tatsachen, daß der aus Anlaß des Ausschusses von Wittorf veröffentlichte Beschluß des Zentralkomitees vom 26. September 1928 ein Fehler war. Ein Bloß der rechten und verjährlichen Gruppe benutzte den Hamburger Fall, von dem ihnen Einzelheiten vorher bekannt waren, und den sie bei der Berichterstattung entstellten, zu einem entscheidenden Angriff zur Änderung der politischen und innerpolitischen Linie der Partei.

Die Unterzeichneten ziehen darum ihre Zustimmung zu diesem Beschluß zurück und erwarten, daß das ZK die Revision des Beschlusses vornimmt, die die Rehabilitierung des Genossen Thälmann und die Wiederherstellung der Rechte der drei Hamburger Funktionäre bedeutet.

Kemmel, Hedert, Ulrich, Florin, Rexler, Eider, Winterich, Dahlem, Golle, Seigle, Dengel und weitere 14 Mitglieder des ZK.

Eine Anzahl von ZK-Mitgliedern konnte nicht erreicht werden, so daß ihre Stellungnahme nicht bekanntgegeben werden kann.

Panzerkreuzer und soziale Reaktion

Von Martha Krendsoe M. d. B.

Panzerkreuzer statt Kinderpeinigung. Mit brutaler Deutlichkeit hat die Sozialdemokratie ihre soziale Mäntelchen abgelegt, mit dem sie in den Wahlkampf zog. Offen bekennet sie sich für Aufrüstung, gegen soziale Aufgaben. Für die Empörung der Massen hat der sozialdemokratische Innenminister Severing nur ein verächtliches „A“ (sah sie schön?) (!). Die Minister wollen nicht nur Monate, sondern die ganze Legislaturperiode hindurch regieren. Und sie stehen erst am Anfang. Das Kräftefeld verlangt konsequente Fortsetzung der Politik des Abbaues der sozialen Lasten bei gleichzeitiger Steigerung der Rüstungen zur Durchsetzung seiner imperialistischen Ziele. Deshalb wurde in der gleichen Kabinettssitzung, in der der Bau des Panzerkreuzers „A“ beschlossen wurde, die Ausdehnung der Unterstützungsdauer in der Altersfürsorge abgelehnt, deshalb verhinderte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Abstimmung des kommunalistischen Antrages, die für den Panzerkreuzer geforderte Summe für Kinderpeinigung zu verwenden.

Wir Kommunisten wissen, daß der kapitalistische Staat nur so viel für soziale Aufgaben ausbleibt, als notwendig ist, die Massen ruhig zu halten, um zu verhindern, daß sie rebellieren. Werden der Sozialdemokratie die Regierungsgeschäfte überlassen, besorgen diese die Verhinderung der Massen, so kann am Sozialetat erst recht gespart werden.

Schon zu Zeiten des Bürgerkriegs hat die Sozialdemokratie sich rebellisch bemerkt, den Beschäftigungsnachweis für ihre Regierungstätigkeit zu erbringen. Wir erinnern die Erwerbslosen daran, daß es nur mit Hilfe der Sozialdemokratie möglich war, das Arbeitslosenversicherungsgesetz durchzuführen, das der Arbeiterschaft die gesamten Kosten aufbürdet, Hunderttausende von Erwerbslosen aber trotz ihrer Beitragszahlung ohne Unterstützung läßt. Im Reichstat für 1928 konnten dafür 460 Millionen Mark erspart werden, übrig blieben nur noch die Reichszuschüsse zur Krisenfürsorge. Als die kommunistische Reichstagsfraktion aber verlangte, statt 100 Millionen 300 Millionen Mark für die Krisenfürsorge zu bewilligen, stimmte die sozialdemokratische Fraktion gemeinsam mit dem Bürgerblock dagegen. Jetzt bewilligen sie den Bau des Panzerkreuzers. Für die Krisenfürsorge aber ist angeblich kein Geld da. Auch die zweite Verordnung, die unter dem Druck der empörten Massen den ersten Beschluß abändern sollte, ändert nichts daran. Es bleibt den Arbeitämtern überlassen, wie lange Krisenunterstützung gezahlt wird.

Die Forderungen der Kriegsoffer, ihre Renten mindestens auf den Friedensstand zu bringen und die 750 000 zehn- und zwanzigprozentig Beschäftigten wieder in die Verforgung aufzunehmen, wurden nur von den Kommunisten vertreten. Alle anderen Parteien, einschließlich Sozialdemokraten, lehnten sie ab. Auch für die alte Forderung, Heilbehandlung der Hinterbliebenen, ist kein Geld vorhanden. Den lebenden Opfern des Weltkrieges verweigert die Regierung ihre Ansprüche, rüft aber zu neuen Kriegen mit neuen Opfern.

Die Arbeitsinvaliden wurden im Bürgerblock-Notprogramm mit Pfenniggehörigkeiten ihrer Renten abgepeißt. Die Knappheitsinvaliden gingen völlig leer aus. Die Forderung der Kommunisten, den Reichszuschuß für Invaliden- und Witwenrenten von 8 auf 28 Mark im Monat und der Waisenrenten von 3 auf 13 Mark im Monat zu erhöhen, wurde abgelehnt. Ebenso die Erhöhung des Grundbetrages von 14 auf 24 Mark. Die Sozialdemokratie stimmte dem Bürgerblock-Gesetz zu und lehnte die kommunistischen Anträge ab. Dabei sind dauern die Beiträge erhöht worden, so daß jetzt bereits wieder ein Vermög von 1 1/2 Milliarde Mark am Ende des Jahres vorhanden sein wird.

Arbeitsinvaliden! Denkt daran, wie vor dem Weltkriege die Arbeitergroßen aufgespeichert wurden, um dann mit dem Zwei-Milliarden-Vermögen der Invalidenversicherung mitzuhelfen, den Weltkrieg zu finanzieren. Das Gleiche wiederholt sich jetzt. In der Regierungserklärung des sozialdemokratischen Reichstages heißt es, daß ein Abbau der Leistungen nicht geplant sei. Die Regierung denkt also nicht an eine Erhöhung der Renten und nicht an die Herabsetzung der Altersgrenze, um den Arbeitern, die heute in den Betrieben nicht mehr unterkommen können, wenigstens die geringe Rente zu sichern, trotz der Millionenüberschüsse. Sie benutzt nicht nur die Steuergroßen für den Bau des Panzerkreuzers und anderer Kriegsrüstungen, sie verschafft sich auch aus den Beiträgen zur Sozialversicherung neue Kriegsfonds. Die Blinden, die ein Blindenrentengesetz fordern, um nicht auf Wohlstaten angewiesen zu sein, haben bisher überhaupt noch keine Antwort erhalten.

Die Empörung der Kleinrentner über das schändliche Verhalten der Rechtsparteien bei der Aufwertung und gegenüber ihrer Forderung nach einem Kleinrentnerverforgungsgesetz wurden von der Sozialdemokratie bei den Wahlen zum Stimmenfang ausgenutzt. Die jetzige Panzerkreuzer-Regierung hat zu erkennen gegeben, daß auch sie nicht an ein Kleinrentnerverforgungsgesetz denkt.

„Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge. Die Mutterschaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates.“ So steht es im Artikel 119 der Weimarer Verfassung. Ein Sohn gegenüber den tatsächlichen Verhältnissen. Rund 1 Million wohnungslose Familien wurden 1927 amtlich gezählt. Das Reich aber stellt keine Mittel zum Wohnungsbau zur Verfügung. 5 Millionen für Kinderpeinigung wurden gestrichen. Hunderttausenden Kindern damit oft die einzige warme Mahlzeit genommen.

Das Elend der schwangeren Mütter, die zur Fabrikarbeit gezwungen sind, schreit zum Himmel. Gewerkschaftsräte und Wissenschaftler haben auf der Hygiene-Tagung in Dresden ein erschütterndes Bild von den Qualen der Mütter aufgezeigt, die bis zuletzt an der Maschine oder am Fließband stehen, weil das Krankengeld, das nur die Hälfte des Lohnes ausmacht, nicht zum Leben reicht. 30 Millionen Mark stellt das Reich nur als Zuschuß für die Familienhilfe der Krankenkassen zur Verfügung. Die kommunalistischen Anträge in jedem Staatjahr, die Summe von 150 Millionen zu erhöhen, und allen erwerbstätigen Müttern durch Reichszuschüsse die Möglichkeit zu geben, die Arbeit acht Wochen vor der Entbindung aufzugeben, wurde abgelehnt. Auch von den Sozialdemokraten.

Für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit hat das Reich nur 200 000 Mark übrig. Für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und Bekämpfung der Tuberkulose überhaupt nichts. Für das Reichsgesundheitsamt sind insgesamt nur 1,7 Millionen Mark im Etat vorgesehen, für Reichswehrpferde allein dagegen 9,8 Millionen Mark.

Der Staat, der 100 Millionen für neue Kriegsrüstungen ausbleibt, hat eben nichts übrig für soziale Aufgaben. Der Bau des Panzerkreuzers „A“ und der darauf folgenden bedeutet, daß die herrschende Klasse noch rücksichtsloser wie bisher den Abbau der sozialen Lasten weitertreiben wird. An einen Ausbau ist nicht mehr zu denken. Die Sozialdemokratie hat es gemagt, die Arbeiterklasse aufzurufen, nicht für das Volksbegehren einzutreten, sich also kampflös zu unterwerfen. Um so mehr gilt es, alle Kräfte zu mobilisieren. Die ihre Rechte fordernden Kriegsoffer, Erwerbslosen, Sozialrentner, Zivilinvaliden, Kleinrentner, Wohnungslosen, die Millionen Mütter, die nicht wissen, wie sie den Hunger ihrer Kinder stillen sollen, sie alle müssen sich vereinen zum Volksbegehren, als Protest gegen den Panzerkreuzerbau, gegen Kriegsrüstungen, gegen die soziale Reaktion.

„Wir schließen aus!“

Die Spaltereklekt sagt ihren Vers her: Wer etwa ist Kommuniste, Wer gibt Resolutionen heraus, Der kommt auf die Schwarze Liste, Den schließen wir aus!

Wer ist gegen Banquetreuzer, (Germann Müller bracht es heraus) Der kriegt von uns einen Schneuzer, Den schließen wir aus!

Wer etwa magt zu rebellieren Gegen die Ordnung in unserem Haus — Und wenn wir 50 000 verlieren — Wir schließen aus.

Die Arbeitersportler antworten: Schließt aus die Massen in Herden, Es ist schon ein ganzer Hauf! Der Tag wird einmal werden: Dann räumen wir auf!

Von einem Arbeitersportler.

Die Berliner Arbeiterschachvereine für das alte Kartell

Die Berliner Arbeiterschachvereine, die bekanntlich schon Mitte September durch den Bundesvorstand des Arbeiterschachbundes außerhalb des Bundes gestellt wurden, nahmen am 1. Oktober in einer Generalversammlung zu dem Ausschluß Stellung. Etwa 300 Mitglieder des Berliner Arbeiterschachklubs und Vertreter der übrigen Berliner Schachvereine beschloßen einmütig, sich hinter das alte Kartell zu stellen und auf das entschiedenste gegen den jagungswidrigen Ausschluß durch den Bundesvorstand zu protestieren.

Die Lage in Halle

Dieser Tage fanden sich die Vertreter von 23 hallischen Arbeitersportvereinen zu einer Vereinsvertreterversammlung im „Volkspart“ zusammen. Jeder Verein hatte eine starke Vertretung

Anfragen über die Spartakiade-Berichterstattung sind an die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ zu richten.

entsandt. Eingangs wies Genosse Franke für das Komitee auf die durch den Ausschluß der hallischen Vereine geschaffene Situation in der Arbeitersportbewegung hin. Dabei behandelte er die Verhältnisse in der „Fichte“ und in „Sportlust“ besonders eingehend. In der Diskussion, an der sich mehr als 15 Redner beteiligten, wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß der Ausschluß der Vereine eine offenbare Willkürmaßnahme des Bundesvorstandes ist. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die zu einer Konferenz zusammengekommenen Vereinsvertreter von Halle protestieren gegen den willkürlich vollzogenen Ausschluß nachstehender Vereine: Turn- und Sportverein Halle-Trotha; Exponierklub Othello, Halle; Freier Waffensportverein, Halle; Kanuverein 1928, Halle; HSV Minerva 09, Halle; HSV Teutonia 08, Halle; HSV Sportbrüder 25, Halle; USC, Halle; Ballspielklub Giebichenstein; VfB Halle-Trotha; Sportverein Halle-Gröblich; HSV Viktoria, Halle. Wir ersuchen daraus, daß der Bundesvorstand durch Nichtaufschluß des Turn- und Sportvereins Fichte, der die Fragen des Bundesvorstandes im gleichen Sinne wie die übrigen Vereine beantwortet hat, Bewirung unter die hallischen Arbeitersportler tragen will.“

Die SPD. versucht Vereine zu kaufen

Nachdem von der sozialdemokratischen Führerklekt im Bundesvorstand des Arbeiter-Turn- und Sportbundes die Mehrheit der Arbeitersportvereine des 1. Kreises ausgeschlossen worden ist, versuchen sie mit allen Mitteln die Vereine oder die Mitglieder für sich zu gewinnen. Verbreitung von Spielplätzen, Turn- und Schwimmhallen — früher und auch heute noch ein beliebtes Mittel der bürgerlichen Sportvereine gegen den Arbeitersport — wird jetzt von den Sozialdemokraten angewandt, um den sportlichen Betrieb der oppositionellen und ausgeschlossener Vereine lahmzulegen. Man hofft, auf diese Weise die Mitglieder für die sogenannten „Bundesstreuen“ zu gewinnen. Ein günstiger Wind gibt uns Kenntnis von einer Verhandlung zwischen einem sozialdemokratischen Jugendpfleger im 5. Bezirk Groß-Berlin und Vertretern eines Arbeiter-Rudervereins, der aus dem Bunde ausgeschlossen ist, denen von dem sauberen SPD-Mann ein zinsloses Darlehen der Stadt von 500 Mark versprochen wurde, wenn sich der Verein bereiterklärt, sich dem Dohligschlägerschen Kartell anzuschließen. Für gewöhnlich nennt man eine solche Handlungsweise Korruptionsversuch. Der Verein hat es aber abgelehnt, unter solchen Umständen das Darlehen anzunehmen, und der sozialdemokratische Jugendpfleger hat sein Ziel nicht erreicht. Es muß wirklich schlecht um die Spalter des Arbeitersports stehen, wenn sozialdemokratische Funktionäre die Vereine mit städtischen Geldern kaufen müssen, um ihre Reihen zu stärken. Aber sie werden wenig Glück haben.

31 Jahre Schwerathletik

bilden einen Markstein in der Vereinsgeschichte der in der Freien Sportvereinigung 1897 zusammengeschlossener Athletenvereine „Germania 97“, „Herkules 98“, „SS 02“ und „Eichenlaub 1910“. Vor einem Jahr vereinigt, konnten die Mitglieder der Freien Sportvereinigung 1897 bei allen Bezirks-, Kreis- und Kartellveranstaltungen mit gutem Erfolg teilnehmen. In der am Sonntagabend im Etappenheim Saal, Gabisstraße, veranstalteten Stiftungsfest konnte der 1. Vorsitzende Genosse Koch eine stattliche Anzahl Festteilnehmer begrüßen. „Statische Spiele“ des Genossen Meyer zeigten in guten Leistungen die jüngsten Mitglieder der Vereinigung. Einen schönen technischen Kampf im Ringen boten die Gen. Blich und Schmidt, der resultativlos endete. Den Abschluß der sportlichen Darbietungen bildete eine gute Partiernummer dreier Mitglieder.

Sport vom Sonntag

Fußball

Herttha I — Freiheit I: 3:1.

Mit Anstoß von Freiheit entspann sich ein flottes Spiel. Ein guter Kopfball wurde vom Linksaußen von Freiheit zum ersten Treffer verwandelt. Nach Wechsel machte sich eine kleine Ueberlegenheit bei Herttha bemerkbar. Sie konnten aber vorerst nichts erzielen, denn die gegnerische Hintermannschaft war stets auf der Hut. Durch Verletzung von Freiheits Mittelfäufer wurde deren Mannschaft sehr geschwächt. Nach kurzer Zeit fielen zwei Tore für Herttha. Freiheit versucht vergebens, auszugleichen. Fünf Minuten vor Schluß wurde der rechte Verteidiger am Oberarm angeschossen. Der Eismeter wurde unhaltbar geschossen; 3:1 für Herttha war das Endergebnis. Der Schiedsrichter war sehr gut. Vorher spielten die zweiten Mannschaften 2:2. Freiheit III gegen VfR. III spielten auf der Riemannshöhe 3:2 für Freiheit. Freiheit IV gegen Freie Sportvereinigung III spielten auf der Jantholzweide 3:0 für Freiheit. VfL. 1. Jgd. gegen Freiheit 1. Jgd. spielten in Gandau 8:0 für VfL.

West I — Bratislawia I: 2:2.

Bei schlechten Bodenverhältnissen stellten sich obige Mannschaften dem Schiedsrichter. West findet sich zuerst und drängt mächtig. Vor dem Tor der Rotgelben sieht es beängstigend aus, doch schlechte Leistungen des Innensturms lassen keinen Erfolg auskommen. Im weiteren Verlauf übernimmt Bratislawia die Führung. Gute Arbeit leistet ihr Mittelstürmer, der den Sturm immer wieder nach vorn wirft. Doch erst kurz vor Wechsel können sie durch Rechtsaußen das erste Tor erzielen. Nach der Pause zuerst wechselseitiges Spiel; dann sind es wieder die Rotgelben, die die Torzahl auf 2 erhöhen. West dreht jetzt mächtig Dampf auf und kann bis Schluß durch Schuß aus dem Gedränge und Eismeter den Gleichstand erzielen. Der Schiedsrichter war dem Spiel ein aufmerksamer Leiter.

Breslauer Fußballresultate:

- Dswitz III — West III 3:3
Wader III — Einigkeit III 2:1
VfL. I Jgd. — Freiheit I Jgd. 6:0
Fr. Sportfr. III — Freiheit III 0:3
Fr. Sportfr. I Jgd. — Sil. Riders I Jgd. 1:3
VfL. I — Sil. Riders I 11:1
VfL. II — Sil. Riders II 5:1
VfL. III — Sil. Riders III 4:4
VfL. II Jgd. — Bratislawia II Jgd. 0:5
VfL. Sch. — Union Sch. 4:1
Wader II — VfR. II 2:0

Handball

Am zweiten Serienonntag gab es in der A-Klasse zwei Ueberraschungen. Die 2. Abteilung I konnte gegen Poseidon I ein Unentschieden erzielen, und der 5. Abteilung I gelang es, die 6. Abteilung ziemlich hoch zu schlagen. Die 6. Abteilung spielte nach Halbzeit sehr lustlos. Im Seitenpart siegte Mochnern I über 1. Abteilung I nach überlegenem Spiel. Das zweite Spiel im Seitenpart

zwischen 7. Abteilung I und Gandau I gestaltete sich bis Halbzeit zu einem offenen Spiel. Nach der Pause drückte Gandau auf Tempo, und nur die vielbeinige Verteidigung der 7. Abteilung konnte das Spiel noch halten und den Sieg sicherstellen. In der B-Klasse konnte die 7. Abteilung II Nordost I knapp schlagen und entpuppte sich schon im zweiten Spiel als ein ganz gefährlicher Gegner. Zwei Spiele der B-Klasse wurden nicht ausgetragen. Die 8. Abteilung I siegte über 1. Abteilung II nach überlegenem Spiel, da 1. Abteilung II nicht voll antrat. Auch in der C-Klasse kann man interessante Spiele sehen. Die 2. Abteilung II konnte die Mochnerner Mannschaft, die nur mit 9 Mann zur Stelle war, leicht überwinden. Nach vollständiger Ueberlegenheit konnte Poseidon II über 1897 II triumphieren. In der D-Klasse sind über die Spiele keine Berichte eingegangen. Bei der Jugend-A konnten 5. Abteilung I, Gandau, 4. Abteilung und 2. Abteilung den Sieg über ihre Gegner an sich reißen. Die 4. Abteilung Sportlerinnen in ein gewonnen gegen Neukirch, die nicht voll antrat, knapp und VfL. Sportlerinnen teilte sich mit West die Punkte.

Resultate:

- A-Klasse:
7. Abt. I — Gandau I (3:1) 3:2
1. Abt. I — Mochnern I (0:2) 1:7
8. Abt. I — 5. Abt. I (1:1) 1:4
2. Abt. I — Poseidon I (0:0) 2:2
B-Klasse:
7. Abt. II — Nordost I (0:0) 1:0
1897 I — 6. Abt. II (Lamplos für 1897)
Sportfr. 1925 I — 5. Abt. II (Lamplos für 1925)
8. Abt. I — 1. Abt. II (3:1) 5:1
C-Klasse:
4. Abt. I — Neukirch I (Lamplos für 4. Abt.)
2. Abt. II — Mochnern II (2:1) 3:2
1925 II — Bratislawia I (Lamplos für 1925)
Poseidon II — 1897 II (4:0) 5:0
D-Klasse:
1925 III — 4. Abt. II (0:0) 0:0
7. Abt. IV — Deutsch-Lissa I (6:2) 12:2
7. Abt. III — 9. Abt. I (2:0) 3:0
Jugend:
6. Abt. I — 5. Abt. I (0:0) 0:2
7. Abt. I — Gandau I (0:3) 1:4
4. Abt. I — 7. Abt. II (2:0) 6:0
2. Abt. I — Poseidon I (3:0) 8:0
Jugend:
8. Abt. I — Nordost I (1:2) 1:4
Poseidon II — Neukirch I (Lamplos für Poseidon, 1897 I — Mochnern I (0:1) 0:4
9. Abt. I — Deutsch-Lissa I (1:0) 1:0
Sportlerinnen:
4. Abt. I — Neukirch I (1:0) 3:0
VfL. I — West I (0:0) 0:0

! Hast Du Dich schon zum Volksbegehren eingezeichnet? !

Notizen

- Breslauer Fußball-Serien Spiele für den 14. Oktober 1928
10,00: Bratislawia III — Sil. Riders III, Lauterbach-Pl.; Kühnbel.
10,00: Dels I Jgd. — Südost I Jgd., Dels; Marjhall.
10,00: VfL. II Jgd. — Barwärts II Jgd., Gandau; Springer.
10,00: Südost II Jgd. — Sil. Riders II Jgd., Kleffendorf; Ritter.
10,00: Union II Jgd. — Bratislawia II Jgd., Dtsch.-Lissa; Blum.

Gesellschaftsspiele:

- 10,30: Sportfreunde I — Stern I, Jantholzweide; Demmig.
9,00: Sportfreunde II — Stern II, Jantholzweide; Rudolf.
10,30: Stern III — Sportfreunde III, Gräbichen; Ueberhäuser.
9,00: Rapid III — Südost III, Haffeldtweg; Berndt.
10,30: Rapid II — Südost II, Haffeldtweg; Sommerhorn.

Ausscheidungsspiele um die Bezirks-Meisterschaft

- 14,30: A-Gruppe — B-Gruppe, Stern-Platz; Lober.
13,30: VfL. I Jgd. — West I Jgd., Stern-Platz, Gräbichen; Weiß-Vintendriecher folgende Schiedsrichter: Maled (VfL.), Kellermann (Sparta), Gabriel (Herttha), Wende (1921), Bunke (Dswitz), Ritter (Stern). Treffpunkt 13 Uhr Stern-Platz.
14,00: VfB. Brieg I — VfL. Breslau I, Brieg; Scholz R.

Fußballsparte. Schiedsrichterausschuß. Die Vereine werden ersucht, zu dem in Kürze stattfindenden Schiedsrichterkursus halbmöglichst zu melden. In Frage kommen Vereine, welche die festgesetzte Anzahl an Schiedsrichtern noch nicht gemeldet haben.

Freie Sportfreunde. Allen Bundesvereinen zur Kenntnis, daß der USV. Eintracht dem obengenannten Verein beigetreten ist.

Fußball-Abteilung West VfB. Dienstag Quartalsversammlung. Kein Mitglied darf fehlen. Vereinszeugnis mitzubringen.

Spielverbot. Am 14. Oktober herrscht ab 12 Uhr Spielverbot. Es steigt auf dem Stern-Platz in Gräbichen das Zwischenrundenpiel um die Bezirksmeisterschaft. Vorher steigt das Jugendspiel VfL. I Jgd. — West I Jgd.

Arbeiter-Athleten-Bund, 1. Bezirk. Bogen. Am 13. und 14. Oktober findet in Liegnitz unter Leitung des Bundes-Bogwarts ein Kursus auf Kosten des Kreises statt. Der 1. Bezirk kann vier Genossen, die geeignet sind, das Gelernte in unserer Bewegung zu verbreiten, entsenden. Ramentliche Meldungen und Anfragen Dienstag, den 9. 10. an den Bezirks-Bogwart, Andersenstraße, richten.

Arbeiter-Athleten-Bund, Bezirk Silesien. Am Donnerstag, dem 11. d. M., 20 Uhr, Vorstandssitzung bei Melzig, Burgstraße. — Den

Bezirksvereinen zur Kenntnis, daß am Sonntag, dem 14. d. M., 8,30 Uhr, im Gewerkschaftshaus die fällige Bezirksitzung stattfindet, wozu ein jeder Verein verpflichtet ist, seine Delegierten bestimmt zu entsenden.

Anfängerkursus im Bogen. Veranfaßt von der Sportvereinigung Nordost. Erster Abend: Dienstag, 16. Oktober. Meldungen u. Anfragen bitte sofort an Sportgen. Zaja dach, Breslau, Augustastr. 53. Die Uebungsstunden sind jetzt regelmäßig Dienstag und Freitag von 20—22 Uhr, Andersenstraße; Sonnabends von 20—22 Uhr, Waterloostraße.

Freie Sportvereinigung „1897“. Unsere Halle Sauerbrunnen ist durch das Einzeichnen zum Volksbegehren belegt. Wir können demzufolge am Freitag erst um 19 Uhr beginnen, während am Sonntag der Uebungsbetrieb ausfällt. Die Sportlerinnen-Abteilung übt nach wie vor jeden Mittwoch von 20—22 Uhr in der Turnhalle II, 4. Stod, in der Nordstraße.

1. Arbeiter-Angler-Verein Breslau G. B. Donnerstag 19,30 Uhr Mitgliederversammlung im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses. Abgabe der Bestellungen für die Ober-Karten 1929. Bestellzettel werden nur entgegengenommen, wenn die Quittung über 10 Mark vorgezeigt wird. Alle Zahlungen müssen auf der Arbeiterbank erfolgen.

Königszelt. Am letzten Sonntag feierte die Freie Turnerschaft ihr 8. Stiftungsfest. Den ersten Platz im Gerätewettkampf (Siebenkampf) erzielte Bogel Martin mit 188 Punkten, den zweiten Platz Sagasser Oswald mit 113 1/2 Punkten. Im vollständigen Fünfkampf erzielte den ersten Platz Seidel Robert mit 277 1/2 Punkten, den zweiten Platz Sagasser Oswald mit 221 1/2 Punkten. Im Fußball-Propaganda Spiel fanden sich F. L. Königszelt I und F. L. Schweidnitz I gegenüber. Schweidnitz enttäuschte sehr und verlor 9:0.

Lehrkursus für Turnerinnen im 10. Bezirk

Der Lehrgang für Turnerinnen, der in der neuen Turnhalle zu Hirschberg-Gunnersdorf stattfand, wurde vom Bezirks-Frauenturnwart, Bundesgenossen Müller-Lauban, eröffnet. Die Leitung des Lehrganges lag in den Händen der Genossin Renmann und des Genossen Max Scholz, Breslau. Nach dem Laufe der Musik wurden Lauf-, Schritt- und Hüpfübungen ausgeführt, die von Freiübungen wirkungsvoll ergänzt wurden. Am anschließenden Gedächtnisturn konnte man die Wahrnehmung machen, wie wenig die Körper der meisten Teilnehmerinnen durchgeübt sind.

Am Sonntag wurde der noch zu erledigende Turnstoff, bestehend aus Gymnastik, Freiübungen und mehreren Singspielen, durch den Kreis-Frauenturnwart, Bundesgenossen Scholz-Breslau, zu Ende geführt. Bei den Singspielen konnte man die Beobachtung machen, daß die Teilnehmerinnen diesen ein größeres Interesse entgegenbrachten, als wie das beim Geräteunterricht zu verzeichnen war. In der abschließenden Besprechung wurde keine Kritik geübt, ein Zeichen dafür, daß der Lehrplan den Turnerinnen entgegengekommen hat. Nun liegt es an den Teilnehmerinnen, das Gelernte in ihrem Wirkungskreis auszuführen. Anwesend waren 26 Turnerinnen und 7 Turner. Davon waren politisch organisiert 6, gewerkschaftlich 11, Freiberler 13, und die Arbeiterpresse wird gelesen von 19 Teilnehmerinnen. (Beispielt eingegangen. D. Red.)

Bei den belgischen Bergleuten / Von Egon Erwin Kisch

Es ist Vormittag, ein Neuanfänger ist einsam in Belgens Kohlenland, dem Borinage. Die Bergleute sind längst eingefahren.

Er verläßt die von der Kleinbahn durchbummelte Hauptstraße, geht entlang der Mauern zwischen Zechenplätzen und Arbeiterhäusern, nur hier und da spielen Kinder im schwarzen Schlamm, ein Schankwirt steht vor dem schwarz-niedrigen Esplanet, eine Frau trägt Gemüse in einem Tuch. Dann hört der Ort auf, der genau so aussieht wie sein Nachbardorf, hagere Häuser aus geruhtem Kohlelegelwerk, und man begegnet niemandem mehr, nur Förderwagen rattern auf Schwebbahnen über den Fremden hinweg, manchmal auf Drahtseilen am Fremden vorbei, heben sich in spitzem Winkel und rollen zum Gehirgsamm empor, wo sie kippen.

Auf jedem dieser Berge, die den grünen ebenen Hennegau in einem Keilen, finstern Karst verwandeln, lauert ein Basilis. Die Vorderfüße auf die Bergspitze gestemmt, den Hinterleib auf den Hang gepreßt, streckt er den Hals vor und den Nacken. Alle zwei Minuten speit er Schutt und Erde hinab.

Berge und Basilisken hat nicht die Natur gesetzt, sondern der Mensch.

Es ist der Abraum aus dem Schacht, der hierher fährt auf Schienen oder schwebt auf dem Seil. Er mündet in der Rippe, dem Urdamm, das über jeden Gipfel den Hals hinausredet.

Was hätte Natur hier zu suchen? Hier ist Industrie.

Dreihundert Meter unter dem Fremden, der allein über diese Erde geht, sind die Menschen, die die Erde aus dem Flöz graben und sie aufwärts schieben, zweihundert Meter über diese Erde, auf der ein Fremder geht.

Auch an der großen Eisenbahn kommt er vorbei, immer sind die Schranken herabgelassen, auf einer Ueberbrückung kann er ans andere Ufer des Schlenensflusses, unter ihm rollen die

breitspurigen Waggons so, wie über ihm die kleinen Förderwagen rollten, ohne menschliche Begleitung. Die Eisenstraße dient dem Kohlenverkehr, die Kohle dient dem Eisen. Über die glühenden Kohlen, die in den Eisenbahnwagen fahren, tragen wenigstens Spuren der menschlichen Moral; die oberste Schicht ist mit Kalk besprenkelt, damit man es merkt, wenn ein Unbefugter sich auf den Zug schwingen und einige Stücke abwerfen wollte.

Das wäre ja Diebstahl an der Société anonyme, der das Kohlenwerk gehört, und die wieder ihrerseits von einer Société anonyme kontrolliert wird, einer Bank. Die anonymen Verwaltungsgeschäfte und anonymen Direktoren der Société Générale de Belgique sitzen in Brüssel und regieren dennoch hier die Zechen.

Mit einem zweiten Finanzinstitut, der Banque de Bruxelles, teilt die Société Générale ihre Herrschaft über die wallonischen



Bergarbeiterdenkmal Meuniers

Schächte, in denen jährlich fünfzehn Millionen Tonnen gefördert werden, aus Flözen, die nur eine Mächtigkeit von sechzig Zentimetern haben, also höchstens halb so ergiebig sind, wie die des Ruhrreviers.

Statt des schwarzen Silbers, das davontrollt, wohlweislich mit Kalk gemischt, damit kein Klumpchen verlorengeht, kommt pures Gold herein, nein, nicht herein, sondern nach Brüssel zum Bankdirektor, beziehungsweise nach Ostende zu seiner Frau. Im Kohlengebiet, aus dem der Reichtum stammt, ist Armut.

Erkarrt vor Schreden hält die Frau des Kirchhofwärters, die im offenen Kapellenvorraum am Waschtrog steht, in ihrer Arbeit inne. Jemand tritt — an einem Wochentag! — während der Arbeitszeit! — durchs Gittertor ein. Der Fremde watschelt durchs hohe Unkraut. Gut hat es die Familie des Fleischhauers, die hat eine komfortable Gruft, man kann hinabsteigen zu den hölzernen Särgen. Auf fast allen Gräbern: gläserne Trommeln mit Perlenkränzen darin, Photographien auf Porzellan, manchmal Frauen mit Rosenbüschen darstellend und mit koklettem Käselein, Vitrinen vor dem Grabstein mit Gipsvasen und allerhand Papierblumen, fertiggekauft porzellanene Votivtäfelchen mit Blümmchen darauf. Manche Gräber besonders simpel, nicht einmal der Glasperlenkranz, nicht einmal Votivtäfelchen, nicht einmal das Photo. Nur Name und Alter, Geburtstag und Todesdatum. Aber wenn man einige Grabmäuler den gleichen Sterbetag tragen sieht, fünfe zum Beispiel „mort le 16 mai 1921“, und diese Toten neunzehn oder höchstens dreiundzwanzig Jahre alt waren, weiß man genug: Kumpels. Opfer der Grubenkatastrophe würden auch in jenen Gegenden, wohin das Geld aus den armen kullert, würden auch dort, wo man zwecks Verewigung von Haß, Nationalismus und Kriegsbege, die Toten mit Marmor, Gold und Kunst ausgestattet, nicht einmal ein eisernes Kreuz aus Grab bekommen... Sie sind dort, wo sie immer waren, wo ihre lebenden Kollegen zur Stunde sind: unter der Erde.

Der Fremde verläßt den Totenanger zur Erleichterung der noch immer am Waschtrog errichteten Friedhofswärterin. Wieder Schienenstränge überschreitend und an rauchenden, ewig brennenden Halben vorbei, weiß er, wie diese Menschen aussehen, obwohl er, im dichtestbevölkerten Teil des dichtestbevölkerten Staates noch keinem begegnet ist: unvermeidlich ist der Gedanke an Constantin Meunier, den Bildhauer.

Unter sind diese Formen aus Bronze und Stein, — diese eingekallenen Gesichter mit halbgeöffneten Munde — diese hageren Körper, der Schweiß hat die Leinenbluse angepreßt, und sie wirft Falten, die wie Rippen wirken — diese einwärts gedrehten Füße, barfußig oder in Holzschuhen —, diese muskulösen Arme,

die die Hade schwingen — diese Hände, von denen die Grubenlampe herabhängt — diese Menschen, die vor Ort liegen und oberhalb ihres Kopfes das Gestein loshacken — diese Menschen, die dann müde lauern, mit einem tiefen Blick ins Hoffnungslose oder in die Hoffnung, in die Resignation oder in die Revolution.

Als bald begegnet er ihnen wirklich, den lebendig gewordenen Skulpturen, sie gehen am Abend längs des Kanals heimwärts, die Kaffeepulle an einem Strick befestigt, den sie wie einen Gewehrriemen über die Achsel gelegt haben, sie sitzen mit starren Augen vor ihrem Bierglas im Estaminet, mit halbgeöffnetem Mund hocken sie vor ihrem Häuschen.

Manche auch haben Masken an, geschwungenen Schnurrbart, ein buntes Tuch um den Hals oder eine Schärpe um den Bauch, einen Kufel, eine Brille, eine Tabakspfeife, ein Sach. Darunter jedoch ist die Grundform. Sie sind Meuniersche Schöpfungen allesamt, Gestalten vom Denkmals, das er der Arbeit aufrichten wollte, während alle Welt sie schändet. Diese Menschen Meuniers gehören in diese Landschaft, die man der Natur beraubt hat, ohne ihr dafür wenigstens Zivilisation zu geben.

Ja, Meunier kannte das Borinage und die Bortains, die Bohrer der Kohle. Meunier kannte den sich unerschütterlich auflehrenden jungen Burschen am Flöz von „Chieu-Rouge“, das höhrende Mädchen von Quaregnon, den lauernden Kohlentreibenden vom Wartefaal Grameries-Produkts.

Und er hat die Mutter gesehen, die unter den Opfern der Schlagwetterexplosion ihren Sohn erkennt. Nach einer Katastrophe in der Grube La Boule war Meunier dort vorbeigekommen. Im Schuppen, wohin man die Toten trug, sah er die Mutter. — — — Die Mutter. Sie hat keinen Schrei in der Kehle und keine Träne im Auge. Sie hat nur zwei Hände, die sich gegeneinanderpreßten, weil sie nicht wissen, gegen wen sie sich erheben sollen. Ist es ihr erster Sohn, der der Kohle hingeopfert ist, ist es ihr einziger, ist es ihr letzter Sohn? Wohl mußte sie erwarten, daß er einmal verunglückt wird, nun aber ist die Befürchtung eingetroffen, und daher alles aus, man kann nichts tun, als die Hände gegeneinanderpreßten.

Es war kein Zufall, daß der Künstler Zeuge einer Katastrophe wurde, als er das Borinage durchwanderte: lang ist die schwarze Chronik des schwarzen Landes.

Diese Märtyrergeschichte ist beinahe das einzige, was der Fremde im Provinzialarchiv der Stadt Mons (Bergen) von der Geschichte des Borinage aufzufinden vermag, denn die Ausweise über den Jahresproffit und die Förderung liegen bei den Besitzern, die anonym oder nicht, seit es und je möglichst ferne von diesem kostigen Erdbrech ihren Sitz aufschlugen. Die ersten Dokumente des Unfallregisters sind kirchlicher Natur, da der Alexus bis ins 19. Jahrhundert hier um eine besondere Legendenhaftigkeit bemüht war. So kann der Fremde zu Mons das nergibste Blatt in die Hand nehmen, in welchem der Abt von Saint Ghislain am Hilfsmitteltage 1818 der Obrigkeit meldet, einer seiner Priester habe während der Rettungsarbeiten an einem eingestürzten Stollen der Zeche „Monseigneur a la Bouverie“ das Evangelium Johanni gebetet, wobei ihm unversehens der Schlüssel der Sakristei zu Boden fiel; solches als ein Zeichen des Himmels ansehend, ließ er an dieser Stelle haken, und man fand noch lebende Bergleute.

Wahrscheinlich hatte bei der nächsten Katastrophe der Priester — falls einer zugegen war — den Sakristeischlüssel vergessen, denn bei diesem Wassereindbruch auf Zeche St. Victoire im Jahre 1838 (über den nur ein weltlicher Bericht erhalten ist) gelang es nicht, die siebenundzwanzig Opfer zu bergen; erst sechsundzwanzig Jahre später, im Jahre 1863 stieß man auf die Leichen.

Auf Grube Saint Catherine explodierten 1863 schlagende Wetter, achtzehn Bergleute kamen ums Leben; bei der Katastrophe von 1865 gab es hier nicht weniger als siebenundfünfzig Todesopfer.

Eine andere Unglückszeche ist Cour de l'Agroppe, auf der an einem Herbsttage 1876 in einer Tiefe von 560 Meter 112 Bergleute getötet wurden, und am 17. April 1879 sogar 121. Bei dieser zweiten Katastrophe waren die Schächte und Querflöße von lodernem Feuer erfüllt, alles stürzte krachend zusammen; unausgesetzt von erdbebenartigen Detonationen begleitet, wüthete die unterirdische Feuersbrunst von halb acht Uhr morgens bis drei Uhr nachmittags, und trotzdem vermochte es die Hilfsbereitschaft der Arbeiter, noch am selben Abend 89 ihrer Kameraden lebend zu bergen; am 20. April wurden noch fünf andere gerettet, sie berichteten über Schreckensszenen, Wahnsinnsanfalle und Selbstmorde, die sich bei der grauenvollen Flucht vor dem entsefelten Element abspielten. Eine von den Gerichts- und Bergbehörden angestellte Untersuchung ergab, daß im Flöz Coëque, 610 Meter tief, schlagende Wetter durch Selbstentzündung explodiert waren und 4200 Hektoliter Kohlenstaub vor sich hergetrieben hatten.

Aber jenes erste Grubenunglück, das vom Herbst 1875, blieb unaufgeklärt, trotzdem man seiner Ursache mit besonders fieberhaftem Eifer nachforschte, weil am vorhergegangenen Abend auf einigen eisernen Hunden an der Fängebank mit Kreide die Worte geschrieben waren: „Demain tout sautera“ — „Morgen fliegt alles in die Luft“. Diese Unglücksbotschaft hatte die gläubige und daher abergläubige Belegschaft mit Schauer erfüllt, aber einfahren mußten doch alle, und lagen als bald hundertzwölf Leichen, neben den Waggoneis mit der fürchterlich wahrgemachten Drohung.

Wer hatte sie ausgestoßen? Welches von den Robellen Constantin Meuniers, die eben, es ist Schichtwechsel, aus der Tiefe emporgestiegen sind und an dem Fremden im Borinage vorübergehen?

Glosse vom Tage Scheidemanns Memoiren

Man muß Philipp Scheidemann sehen, wenn er spät abends die „Villa d'Este“ am Kurfürstendamm verläßt, dann die Hardenbergstraße hinunter am Riege vorbei vor dem Zubettgehen noch seinen Verdauungspaziergang absolviert. Also mittelmäßig! Ein Gentleman vom Scheitel bis zur Sohle! Ein alternder Gentleman! Diese Haltung! Der Gang! Die Würde! Ehrfurcht überfließt einen! Soviel Grandezza hat man auf einem Berliner Bürgersteig noch nicht beklommen gesehen, wirklich und wahrhaftig, die ganze Hardenbergstraße stinkt in dem Augenblick förmlich vor Berühmtheit, wenn Scheidemann einmal kein Auto benützt und am Morgen früh per pedes nach Hause strebt.

Und dieser Mann hat bisher mit seinen Memoiren zurückgehalten!

Welche Ueberraidung, sie erscheinen jetzt erst, nachdem selbst ein Jugu von Albanien... aber das ist es ja, dieser Jugu der Albanier hat Philipp Scheidemann auf dem Gewissen. Der konnte einfach nicht länger mehr zurückhalten. Seine Söhne, Töchter, Entkinder, Nichten, Neffen, Vettern, Balen, alle telephonierten sie: „Bappi“, riefen sie Tag und Nacht durch's Telephon, „Bappi, wann stehen denn deine süßen Geschichten, die du immer so nett erzählt hast, gedruckt? Denke doch, selbst der frisch gedackene König der Albanier...“

Da warf sich Philipp in sein sinnoberrotes Seidenpyjama, beiprügte sich sieben mal sieben um die Künste mit „Cory streng“ und entwarf im Skipedarenstil die längst geplanten Erinnerungen.

Dort wo sonst nur Könige und dito Maitresses in ihre Nachtschöpfe schauen lassen, erscheint jetzt Philipp I. an derselben Stelle eines Berliner Spät-Abendblattes. Wir jagen im Skipedarenstil! Gütewahr: es ist ein königlicher Stil, ein adliger Stil, der dort losgelassen ist. Und — was soll man jagen — wichtig beginnen die Memoiren zum Beispiel: ... wenn ich am 26. Juli 1865, als ich das Licht der Welt erblickte, der ganzen Umgebung wegen mich sofort totgelacht hätte, so wäre das vielleicht das Geheimeste gewesen.

Ich ja, dieser Unverstand der Säuglinge! Wenn sich Scheidemann abwechselnd, nun ja, der kleine Strampel, wenn er sich wirklich abwechselnd totgelacht und totgepißt hätte — was hätte die Welt an ihm verloren!

Und dann... das Jahr 1865 bis 1866 ist das solideste Jahr meines Lebens gewesen und geliebt, ich habe damals ausschließlich von Milch gelebt...

Wird Otto Weis das gleiche von sich behaupten können? Hand aufs Herz, Otto, es war damals schon der Branntwein von der Mutter Brust, der dich so groß und stark gemacht!

Philipp Scheidemann hat auch seinen Stammbaum untersucht und herausgefunden, daß im 11. Jahrhundert, laut „Hersfelder Zinsverzeichnis“, ein Ludwig Scheidemann „als Domherr in Mainz“ genannt wurde. „Auf alle Fälle steht jetzt schon fest, was ich mit Rehasen niederschreibe, daß die Scheidemannner mindestens hundert Jahre früher in Hessen ansässig gewesen sind, als die Hohenzollern in der Mark Brandenburg.“

Was folgert daraus? Nichts Geringeres, als daß rechtmäßig nicht die Hohenzollern, sondern die Scheidemannner auf den deutschen Kaiserthron gehörten. Er folgert daraus, daß es 1918 so kommen mußte, wie es gekommen ist. Neunzehnhundertundachtzehn nahm die Dynastie Scheidemann verpöbelte Rechte! Selber. Wäre das nicht nötig gewesen, dann hätte heute noch Philipp I. im Berliner Schloß, ebenso „ein frühlicher Zecher am Spundloch des Lebens“, wie „selig“ sein Großvater, „der nahezu 80 Jahre alt geworden ist.“ (Fortsetzung folgt.)

Otto Steinicke.

Wir sorgen für den Wanderbedarf!

Landsgemeindehaus

Berlin-Mitte, Neue Schönhauser Str. 8

Nabe Bahnhof Büro

Zeichnet euch ein!

Von Kahisa

Nicht morgen erst, nein, heute schon, Gilt es, sich zu erklären. Den schürstesten Kampf der Reaktion! Herbei, zum Volkbegehren! Und keiner sei, der es vorräumt, Die Einzeichnung zu wagen. Prolet, heran und aufgeräumt! Bald wird die Freiheit tagen! Es leuchtet uns'rer Knechtschaft Nacht. Schon längst ein Stern im Osten. Schützt seines Lichtes helle Pracht, Ihr Brüder, auf die Posten! Den Panzerkreuzer schlägt entzwei! Hinweg mit allen Drogen! Der Kampf macht alle Sklaven frei Und wird die Opfer lohnen.

Breslauer Kreistag

Am Sonnabend hielt der Landkreis Breslau seinen Kreistag ab. Landrat Bachmann erklärte, daß gegenwärtig ein Defizit von 210 000 Mark bestehe.

Die anschließenden Verhandlungen ergaben folgendes: Für die im vergangenen Jahre im Kreise entstandenen Hochwasser Schäden will der Kreis einen Beitrag bis zu 6000 Mark bereitstellen. Der Beitrag erfolgt im Rahmen der Notstandsaktion von Staat und Provinz und stellt ein Drittel des für die Unterstufungen aufzuwendenden Gesamtbetrages dar. Der Uebernahme von Wasserläufen in die Unterhaltung des Kreises wurde grundsätzlich zugestimmt. Bei den Wasserläufen handelt es sich um solche mit einer Gesamtlänge von 116 Kilometern, deren gründliche Instandsetzung Kosten in Höhe von 818 500 Mark erfordern würde. Zum Schluß wurde die Wahl des Amtsvorstehers für den Amtsbezirk Schönborn, sowie die von Amtsvorsteher-Stellvertretern für die Amtsbezirke Jachschonau, Meleschowitz, Silmenau und Malkowitz vorgenommen.

Fortschreitende Verschlechterung des Arbeitsmarktes

In der Berichtswochen (vom 20. bis 26. September 1928) trat eine weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage ein. In der Provinz Niederschlesien stieg die Zahl der Arbeitsuchenden von 57 781 auf 57 864, die der Hauptunterstützungsempfänger von 33 861 auf 34 267. In der Stadt Breslau fiel die Zahl der Arbeitsuchenden von 32 019 auf 31 862, die der Hauptunterstützungsempfänger stieg von 16 215 auf 16 325.

Rino

Lauenburger-Theater. „Der Tanzstudent.“ Das neue Programm ist eine Lustspielwoche. Soweit diese Bezeichnung auf die zwei wirklich hübschen Triestime angewendet wird, stimmt sie. Beim Hauptfilm „Tanzstudent“ ist eine Gestaltungsbestimmung weit schwieriger. In seinem ersten Teil scheint er sich zu einem Drama entwickeln zu wollen, um gegen Ende ein Detektivstück zu werden, dessen „Held“, ein verkrachteter Leberfresser, die bösen, unehrlichen Arbeiter beim Diebstahl erwischt, wofür ihm zur Belohnung die mit Ueberschwang geliebte Tochter seines Chefs aus reiner Verzweiflung geopfert wird. Also ungehemmte Courtisane-Malerei!

Obertor-Kunstspiele. „Das Spreewaldmädchen.“ Das Spreewaldmädchen ist ein naives Soldatenliebes der seligen Vorkriegszeit, das sich in einen gräßlichen Gardeleutnant verliebt, den sie umständlicher für einen Grenadier hält. Am Ende kehrt sie aber reuig in die Arme ihres biden Gutsinspektors zurück. An Situationskomik mangelt es nicht, besonders der eilige Hochzeitstag im Spreewald ist zwerchfellererschütternd. Von allem abgesehen aber wäre der deutschen Filmproduktion zu empfehlen, diese fragwürdigen „Friedensentwürfe“ ad acta zu legen und sich besseren Dingen zuzuwenden. Dienstag bis Donnerstag: „Die Nacht der Liebe.“

Neumarkt-Bezirk und Leerbentel

Raumnot und Raumüberfluß in Breslau

Breslau, 8. Oktober.

Die Bevölkerungsentwicklung einer Großstadt hat als hauptsächlichste Kennzeichen die Entvölkerung der Innenstadt — der City — und die Ueberbevölkerung der an diese anstoßenden Viertel der ehemaligen Altstadt, ja selbst der an der Peripherie der Stadt durch Neubau oder Eingemeindung hinzugekommenen Stadtteile.

Dieses Merkmal jeder Großstadt ist in besonderem Maße in Breslau vorhanden. Nehmen wir einmal die Bevölkerungszahlen von 1910 und 1925 zum Vergleich, so ergeben sich folgende Tatsachen:

Im Verlaufe dieser 15 Jahre ist die Einwohnerzahl Gesamt-Breslaus von 512 105 auf 557 139 gewachsen. Gleichzeitig aber ging die Bevölkerung der Innenstadt durch den andauernden Umbau der Wohn- in Geschäftshäuser von 42 699 auf 41 112 Köpfe zurück. Dasselbe Bild bietet der nördliche Schweidnitzer Stadtteil, dessen Bevölkerung sich von 46 476 auf 44 615 verminderte.

Dieser Einwohnerverlust verteilte sich nach zwei Richtungen. Die Reichen bauten die Villenviertel in Kleinburg, Bischofswalde, Leerbentel aus, und die Armen zogen in die schon überbevölkerten Stadtteile im Norden, im Osten usw. Ein solcher Zustand war um so schlimmer, als diese Straßenviertel bereits den organischen Bevölkerungszuwachs (über 45 000 Personen in 15 Jahren) zum größten Teil aufnehmen mußten.

In derselben Zeit, in der die Geschäftsbezirke der Stadt immer weniger Einwohner zählten, wuchs die Bevölkerung der Arbeiterstadtteile in starkem Maße. Im Jahre 1910 hatte z. B. das Michailiviertel 24 432 Bewohner und im Jahre 1925 bereits 28 870; weiterhin das Sternviertel 19 705 (21 606), Lehmgraben 19 613 (24 721), Mauritiustviertel 26 844 (27 608), Friedrich-Wilhelm-Viertel 17 008 (17 866) usw.

Im schroffen Gegensatz zu diesen riesigen Zahlen stehen die Einwohnerziffern der Villenbezirke. So hatte das

große Kleinburg im Jahre 1925 ganze 6641 Bewohner, Leerbentel sogar nur 798!

Alle bisher genannten Zahlen bekommen erst ihre richtige Bedeutung, wenn man mit ihnen die bebauten Fläche vergleicht. Dann stellt sich nämlich heraus, wo in Breslau das fürchtbare Wohnungsleben herrscht, und wo der Wohnungsüberfluß ist. Wir er rechnen danach:

Die dichtbevölkerteste Gegend ist das Neumarktviertel mit seinen entsetzlichen ungesunden fahrdunghaufen, fast hausähnlichen Häusern, seinen Kellern und Dachwohnungen und den niedrigen, engen, nach Moder riechenden Hinterhöfen. Unter diesen fürchtbaren Verhältnissen, wahren Brutstätten ansteckender Krankheiten, kommen auf einen Hektar bebauter Fläche (bei vielen als „bebauet“ geltenden Gärten) 657 Menschen. Dieser erschütternden Zahl nicht viel nach steht die des Mattheiviertels, nämlich 582. (Das Gerippe dieses dichtbewohnten Viertels ist die Matthiastraße, die allein 10 202 Einwohner hat.) Weitere beachtliche Zahlen sind die von Siebenhäusern (588 Einwohner auf 1 Hektar), Schepine (408) und des Obleiviertels (480). Selbst das Elisabethviertel mit seinen Geschäftshäusern steht mit 405 in den vorderen Reihen, woraus ersichtlich ist, wie fürchtbar überfüllt die Glendquartiere der zu diesem Viertel gehörenden Krullstraße, Weißgerbergasse, Goldeneradegasse, Neuenweltgasse usw. sein müssen.

Und nun die andere Seite der Medaille. In Leerbentel kommen nur 25 Einwohner auf einen Hektar bebauter Fläche, in Scheitnig — damit ist nicht die Scheitniger Straße gemeint — 39, in Kleinburg 50.

Kann es aufreizendere Zahlen geben als diese? Schematisch gerechnet, ergibt sich aus ihnen, daß im Neumarktviertel auf die gleiche Wohnfläche 26 Menschen entfallen, auf die in Leerbentel eine einzige Person kommt! Raumnot und Raumüberfluß — das ist die Situation, die die proletarische Revolution würde schon dann viel Gutes getan haben, wollte sie nur dieses unerhörte Mißverhältnis beseitigen.

Parteilfunktionäre!

Am Dienstag, 20 Uhr, im „Oderstrom“ Uferstraße, äußerst wichtige

Parteilfunktionär-Sitzung

Jeder Funktionär hat pünktlich zu erscheinen

Das Agitationslokal für die Westvorstadt befindet sich im „Anglerheim“, Leuthenstraße. Alle Genossen sowie KPD-Kameraden finden sich dort täglich ein.

An die Arbeiter der inneren Stadt!

Heute 19.30 Uhr findet im „Turmhof“, Neue Antonienstraße, ein öffentlicher Kameradschaftsabend mit Lichtbildvortrag statt. Alle Arbeiter werden aufgefordert, zu diesem interessanten Abend zu erscheinen.

Arbeiterfrauen und Männer der Südvorstadt

Während des Volksbegehrens ist vom Stadtteil 4 unser Propagandalokal bei Jante, Friedrichstraße 41, festgelegt. Jedes Mitglied der Partei, des KPD und der Jugend hat sich in seiner verfügbaren Zeit von 9—20 Uhr jeden Tag zur Verfügung zu stellen. Es wird genau Kontrolle geführt.

Mittelschlesien

Dies. Ein wichtige Demonstration veranstaltete die Partei mit dem KPD und dessen Schalmeykapelle. An zwei Stellen in Arbeitervierteln und am Ring hielten der Genosse Stoffel und Porzitzke kurze, kernige Ansprachen, worin sie den zahlreich Anwesenden die erbärmlichen Zustände zehn Jahre deutscher Republik

vor Augen führten und aufforderten, dem verräterischen Spiel der SPD-Führer die Gefolgschaft zu versagen. Dem neuen Aufbau des Militarismus, der alle aus dem werktätigen Volke ausgepreßten Steuern verschlingt und zu einem neuen Völkermorden anspornt, das vor allem gegen den einzigen Arbeiterstaat, Sowjetrußland, gerichtet ist, kann nur entgegengesetzt werden, wenn sich jeder dem Volksbegehren anschließt und sich in die Listen einträgt.

Mitgliederversammlung der Partei. Die letzte Mitgliederversammlung befaßte sich mit dem Volksbegehren und den Gemeindevahlen. Es konnte mit Genugtuung festgestellt werden, daß sich einige KPD-Kameraden zur Verfügung gestellt hatten, welche alle in Betracht kommenden Orte des Kreises Dels mit den Listen zum Volksbegehren besetzten. Einige Gemeindevorsteher, wie die von Jessel, Klein-Zöllnig und Sadowitz, mußten erst eingehend belehrt werden. Auch in Dels versuchten die Führer der SPD, das Volksbegehren zu sabotieren. So hat der neugeborene 2. Vorsitzende des Arbeitsamtes, der sozialdemokratische Stadtrat Horn, angeordnet, daß ein Plakat, welches die Erwerbslosen zum Einzeichnen der Liste und zur Demonstration aufforderte, entfernt wurde. Die Erwerbslosen werden sich dagegen zur Wehr setzen und verlangen, daß der von ihren Großen bezahlte Beamte dies in Zukunft unterläßt, um so mehr, als solche Bekanntmachungen stets von dem bisherigen Leiter des Arbeitsamtes, einem Bürgerlichen, gestattet wurden. Zu der Stadtbewohnernwahlen wurden unsere Kandidaten nominiert. Gleichzeitig wurde das Verhalten der „Semeeinnüßigen Siedlungsgesellschaft“ gebrandmarkt. Die Verwaltung, welche sich in Händen von SPD-Führern befindet, macht den Eintritt in die Gesellschaft und die Zuzahlung von Baugeldern davon abhängig, daß der Betreffende Mitglied der SPD wird. Dieses Vorgehen zeigt, auf welche Art die SPD-Mitglieder wirkt, und paßt so recht zu ihrer ganzen korrupten Politik.

(Versammlungskalender siehe Hauptblatt, Seite 3.)

Halt!

Du warst noch nicht zum Einzeichnen in die Listen des Volksbegehrens gegen den Bau von Panzerkreuzern und Kreuzern jeder Art. Billigst Du den Bau der Panzerkreuzer für 500 Millionen Mark? Nein, diese Millionen müssen für Wohnungsbau Verwendung finden! Darum heißt die Parole: Einzeichnen!

Physiologische Zusammenhänge

Daß in dieser mießen Welt der Wichtigkeiten sich auch noch wichtige Dinge ereignen, hat unser „Guckkasten“ stets nachweisen versucht. Auch heute sind wir in der glücklichen Lage, einige weit- resp. zwerchfellererschütternde Vorkommnisse zu berichten.

Den meisten Stoff liefern uns freundlicherweise die Herren „Korleggen“ von der sogenannten Presse. Was die sich manchmal leisten. Na, lassen wir sie selbst reden (richtiger schreiben):

Eine ganz besonders unflügliche Nummer scheint der offensichtlich schon etwas altergeschwächte „Brieftastentoulet“ des „Neuen Göttinger Anzeigers“ zu sein. Einem um die Verwendung seiner sterblichen Ueberreste besorgten Abonnenten antwortete er folgendermaßen: „D. A. 500. In Götting gibt es keine Anatomie. Wenn Sie sich also der nächsten Anatomie nach Ihrem Tode zur Verfügung halten wollen, müssen Sie sich an die Universitäten in Breslau oder Leipzig wenden.“

Erschüttert über solche Möglichkeiten wird der offenbar gerade zum Sterben aufgelegte Abonnent wahrscheinlich kurz entschlossen das Zeitliche gesegnet haben. Und eingedenk der Mahnung seines Brieftastentoulets wird er sich nun bestimmt der nächsten Anatomie „zur Verfügung halten“. Hoffentlich wird ihm dabei die Zeit nicht zu lang, denn es dürfte, bei dem bekannten Trost des deutschen Amtschimmels, immerhin etwas Wasser durch die Göttinger Reiche fließen, ehe er eine Aufforderung erhält, die ungefähr so lauten könnte: „Sie werden hiermit ersucht, sich nächste Woche nachmittags 3 Uhr zum Zwecke Ihrer Sezierung in der Breslauer Anatomie einzufinden.“

Vorfall aus der letzten Breslauer Stadtverordnetenversammlung erwähnt. Karl Biersch, sozialdemokratischer rumpfsprechender Kulturapostel, begründete die Notwendigkeit des Baues eines zweiten Verbrennungsofens im Krematorium mit folgenden Worten:

„Meine Damen und Herren! Das Krematorium ist eine wertvolle Anlage. Wir hoffen, daß sich in der nächsten Zeit seine Produktivität steigern wird.“

Was sich der gute Mann unter dem Krematorium als „wertvolle Anlage mit gesteigerter Produktivität“ vorstellte, war sogar seiner eigenen Fraktion reichlich unklar. Soweit uns bekannt, sind die Zeiten, in denen die Vorfahren seiner Heiligkeit des Breslauer Fürstbischöfs Menschen bei Lebendigkeit in Leibe zur höheren Ehre Gottes verbrannten, einige Jahre vorbei. Heute wird man — ein allerdings spät erreichter Fortschritt der christlichen Zivilisation — erst nach erfolgtem Tode verbrannt. Deshalb darf man wohl die Ausführungen des auf diesem Gebiet besonders erfahrenen Herrn Biersch so verstehen, daß er meint, ähnlich wie ein gutes Elektrizitätswerk einen veranlaßt, Elektrizität zu gebrauchen, so kann ein technisch vollkommenes Krematorium eine Anlage sein, die den einen oder anderen Erdenbürger zum Jenseits-Tod mit anschließender Verbrennung wirbt. In diesem Falle würden wir auch von der „steigenden Produktivität“ überzeugt sein.

Doch wir wollen wieder zur Presse zurückkehren. Müht da still und verborgen, gedüngt mit dem Mist eines übertriebenen, aber auf solchen Boden fruchtbringenden, Nationalismus ein Zeitungs-Pflänzlein, die „Frankfurter-Neuzeit“, „Frankfurter Zeitung“. Sie brachte dieser Tage über eine Versammlung des Kriegervereins nachstehenden Bericht:

„Studiendirektor i. R. Major Eidel präsidierte der Vorsitzende als treue Soldatennatur, die niemals verjagte, und widmete ihm namens des Verbandes herzliche Dankesworte, denen sich auch

namens des Provinzialverbandes Oberst Schwert anschloß. Major Eidel wurde darauf zum Ehrenbeisitzer gewählt.“

Wie mögen die tapferen Krieger — den Begehrtesten auf diesem Gebiet, eben den tapferen Major Eidel, festgestellt haben? In öffentlicher Konkurrenz...? Na, hoffen wir, daß er sich des ehrenvollen Amtes würdig zeigt und — der „niemals verjagte“ — auch in Zukunft niemals verjagt. Vor zu großer Aufopferung sei jedoch trotzdem gewarnt. Es ist schon öfters vorgekommen, daß alte Leute (der Herr Major ist „Studiendirektor i. R.“) daran gestorben sind.

Es hieße ehrsüchtig sein, wenn nicht in jedem „Guckkasten“ der Pfäfflein in gedacht würde. Heute soll zur Fortsetzung der Tradition einmal der „Bund enthaltamer Pfarrer“ die hier übliche Beachtung finden. Dieser merkwürdige Verein hielt am 2. Oktober in Breslau eine Tagung ab, auf der Pfarrer Lorenz ein tiefgründiges Referat über das Thema: „Steht der nächste Generation alkoholisches Getränk wirklich höher als Enthaltungsmittel?“ hielt. Hoffentlich steht der nächste „Eucharistische Kongreß“ das himmlische Fragepaß nicht mit der recht zeitgemäßen Frage fort: Finden Sie, daß Herr Lorenz sich richtig verhält? Wir befürchten, dann könnte es zwischen den „Enthaltamen“ und den „Säuenden“ (denn wenn die „Enthaltamen“ unter besonderer Betonung dieses Kennzeichens sich zu einer Organisation zusammen schließen, muß ein Gegenstück vorhanden sein) zu einer gemäßigten Kirmesstellerei kommen, worauf sich wahrscheinlich wieder Vereine der 10., 20., 50-prozentig Enthaltamen einerseits und der unbeschränkten Trinker andererseits gründen würden.

Und das wäre fast so schlimm wie die Tatsache, daß Kasimir Sublimier jetzt in Effen sein Laboratorium zur Herstellung respektvoller Ironie hergerichtet hat, und mir demzufolge die Fortsetzung seiner hiesigen „Stimmlicher“ übertragen worden ist. Hoffen wir das Beste, lieber Leser.

Oberschlesien

Taten eines katholischen Pfarrers

Aus Saleſche, Kreis St. Strehlik, wird uns geschrieben: Was ſich ein Pfarrer in Oberſchleſien erlaubt, zeigt folgender Fall: Der hier anſäßige Schuhmacher Heinrich Smyllala, ein kleiner vermöglicher Mann, pachete laut Vertrag zwei Morgen Pfarracker, pro Morgen zu 15 Mark jährlich, für die Zeit von 1925—1931 von dem Pfarrer Lerch. Die Pacht wurde nach Ablauf halbjährlich gezahlt. Der neue Pfarrer Nihil ſieht nun neue Methoden ein, verlangt die Pacht im Voraus und außerdem von Smyllala 2 Mark jährlich als Steuerbetrag. Die Zahlung der 2 Mark werden von Smyllala abgelehnt, und es kommt in der Pfarrkanzlei zu folgendem Austritt:

Pfarrer: Guten Tag, Herr Landrat! Was wünschen Sie, Herr Landrat?

Smyllala: Ich bin doch kein Landrat; ich heiße Smyllala.

Pfarrer: Kommen Sie in die Kanzlei. Nehmen Sie Platz, Herr Landrat.

Smyllala: Herr Pfarrer, ich bin nicht gekommen, mich ſetzen zu laſſen, ich komme doch mit der Aktepaſt.

Pfarrer: Das iſt doch ein ſchöner Name, brauchen ſich nicht zu ärgern, ich als Pfarrer hätte während des Aufſtandes auch einen anderen Namen.

Smyllala: Was geht mich der Aufſtand an, ich komme mit dem Aktepaſt.

Pfarrer: Nimmt das Buch ab und verlangt Steuer.

Smyllala: Ich habe bis jetzt keine Steuer bezahlt und zahle Ihnen auch nicht.

Pfarrer: Die anderen haben bezahlt, Sie müſſen auch zahlen.

Smyllala: Wenn ich zahlen muß, dann zum Oktober, da ich nicht mehr Geld habe. Können es aber auch verrechnen mit dem Lohn von meinem Sohn, der hier gearbeitet hat.

Pfarrer: Sie haben auch einen Sohn? (Unhehlich.)

Smyllala: Wer iſt der Vater, Sie oder ich? Wer hat ihn erzdrt und großgezogen?

Pfarrer: So eine Frechheit, mit Ihnen werde ich noch fertig werden. Bitte, Geld aufzahlen.

Smyllala: Bitte jetzt um mein Buch.

Pfarrer: Will nur Quittung ausſtellen, mirſt aber das Buch auf den Tiſch.

Smyllala: Zahlt 15 Mark auf.

Pfarrer: Nimmt das Buch zurück.

Smyllala: Nimmt das Geld zurück.

Pfarrer: Schlägt S. auf die Hände. 13 Mark ſollen zur Erde. Der Pfarrer will mit Gewalt 2 Mark aus der Hand nehmen. Dann macht er die Tür auf, ſößt S. in den Hauſflur, zerreißt ihm dabei das Jodett und befördert S. mit Stößen und Schimpfworten bis in den Hof. Als Zeuge für den Vorgang im Hofe und den zerriſſenen Rod kommt Wilhelm Wialas-Saleſche in Frage.)

Smyllala: Geht zerriſſen zum Erzpriester Geſchoefer nach Elawentſchütz.

Erzpriester: Schade, ich habe keine Zeit, die Sache ſoll auf einer Konferenz beſprochen werden.

Smyllala: Ubergibt die Sache einem Rechtsanwalt in Oppeln und fordert 15 Mark Schadenerſatz.

Pfarrer: Fürchtet Skandal und ruft den Kirchenvorſtand zuſammen. Beſchluss: Schneidermeiſter Johann Maderla ſoll den Rod ſticken. Außerdem iſt Maderla beauftragt, Anzeige wegen Diebſtahls von 2 Mark zu machen.

Landjäger Kahler macht Protokoll und Vorſchlag, ein Armenamt zu nehmen und den Pfarrer zu verklagen. Am nächſten Tage fordert Kahler doch die 2 Mark.

Pfarrer: Beauftragt den Landjäger Kretschmer, eine Einigung herbeizuführen und zahlt 15 Mark für einen zerriſſenen Rod.

Auf eine Beſchwerde an den Biſchof in Breslau erhielt S. folgendes Schreiben:

Fürſtbiſchöfliches General-Vikariat

Breslau 9, den 22. September 1928.

Auf die Zuſchrift vom 17. Juli d. J. gereiche Ihnen zum Bedauern, daß Herr Pfarrer Nihil keine Angaben (er hätte Ihnen

vollständig freiwillig 15 Mark für einen neuen Rod gegeben; Sie lebten in armen Verhältniſſen, da Sie Unterſtützungen bezogen; von einer gewaltsam zerriſſenen Jacke könne keine Rede ſein) aufrecht erhält.

Da er dieſe Angaben näher erläutert und belegt, dürften ſie nicht zu bezweifeln ſein.
Kommentar überflüſſig!

Eröffnung der Bahnlinie Miſtuſchütz—Brynnel

Einer Weſt-Meldung entnehmen wir: Die neue Eiſenbahnlinie Miſtuſchütz—Brynnel, die gleichzeitig mit dem Intraſtreeten des Wintersfahrplans am Sonntag in Betrieb genommen wurde, wurde am Donnerstag von den Vertretern der Preſſe unter Führung von Vizepräſident Dr. Meypage und mehreren Herren der Reichsbahndirektion Oppeln beſahren. Die Hauptbedeutung dieſer eingeleiteten, 22 Kilometer langen Bahnlinie liegt in der Herſtellung einer direkten Verbindung von Beuthen über Miſtuſchütz—Brynnel—

Chriſtliche Arbeiter, zeichnet euch ein für Volksbegehren!

Vor den Wahlen vom 20. Mai beſchloß die Reichstagsfraktion des Zentrums 80 Millionen für den Bau des Panzerkreuzers A zu bewilligen. Faſt im gleichen Atemzuge lehnten die Zentrumsgesordneten 5 Millionen für die Speisung armer Kinder ab.

Ein Sturm der Empörung über dieſe Art Chriſtentum ging damals durch eure Reihen, katholiſche Arbeiter! Viele von euch wählten deshalb am 20. Mai kommuniſtiſch oder ſozialdemokratiſch. Denn auch die Sozialdemokratie gab im Wahlkampf vor, gegen den Panzerkreuzerbau zu ſein. Kaum ſahen ſie in den Regierungſeſſeln, ſo haben auch die SPD-Minister — welche ſchändlicher Wahlbetrug! — für den Panzerkreuzerbau geſtimmt und die erſte Rate bewilligt. Dem Panzerkreuzer-Chriſtentum der Zentrumsführer ſtellt ſich der Panzerkreuzer-Sozialismus der SPD-Führer würdig zur Seite.

Aber die Kommunisten haben Wort gehalten und mit der Einleitung von Volksbegehren und Volksentſcheid den Kampf gegen die militäriſche Aufrückung des deutſchen Imperialismus, gegen die Vorbereitung eines neuen Maſſenmordes aufgenommen. Wo könnt ihr anders ſtehen, als bei ihnen?

Chriſtliche Arbeiter, heran an die Liſten!
Zeichnet euch ein zum Volksbegehren!

Wosowſta—Oppeln bzw. Kreuzburg—Ramslau—Oels—Breslau. Damit entfällt künftlich die Notwendigkeit einer Durchfahrt durch den polniſchen Korridor auf der Strecke von Kreuzburg nach Beuthen über Larnowitz. Es war eine lange Bauzeit inſolge der außerordentlich ungünstigen Bodenverhältniſſe notwendig, wodurch auch die Koſten gegenüber dem Voranſchlag ſich weſentlich erhöht haben. Sie beſaßen ſich auf rund 92 Millionen Mark. Die Strecke iſt übrigens auch inſofern intereſſant, als zum erſten Male im ganzen deutſchen Reichsbahnbau der Gleisbau maſchinell ausgeführt wurde, d. h. daß nach dem Einwalzen des aufgefahrebenen Schotterſ durch einen auf der regulären Spurweite vorfahrenden Kran die Schienen ſamt Schwellen in vorher genau berechneter und ausgebaute Schwelleneinbuchtung verlegt und ſofort verankert wurden.

Gleiwitz

Arbeitsmarktlage. Der Städtiſche Preſſedieneſt Gleiwitz teilt uns mit: Die Lage am Gleiwitzer Arbeitsmarkt zeigte ſich in der abgelaufenen Betriebswoche im weſentlichen unverändert. Nach dem amtlichen Bericht des öffentlichen Arbeitsnachweises für den Stadt- und

Landkreis Gleiwitz hat ſich die Zahl der Arbeitſuchenden, Arbeitsloſen und Preſſenunterſtützten unweſentlich verändert. Die Zahl der männlichen Arbeitſuchenden iſt von 1811 der Vorwoche auf 1817 geſtiegen. Bei den weiblichen Arbeitſuchenden iſt gegenüber der Vorwoche ein Rückgang von 331 auf 310 erfolgt. In der Arbeitsloſenverſicherung werden gegenüber 703 männlichen Perſonen der Vorwoche 693 Perſonen, gegenüber 212 weiblichen Perſonen der Vorwoche 181 Perſonen dieſmal gezählt. In der Preſſenfürſorge werden gegenüber 165 männlichen Perſonen der Vorwoche 161 Perſonen und gegenüber 22 weiblichen Perſonen der Vorwoche 161 Perſonen gezählt. Kurzarbeiterunterſtützung iſt an etwa 60 Perſonen bezahlt worden.

Hindenburg

Tödlicher Unfall bei einer Explosion. Im Kraftwerk Jaborze entſtand heute in einem Trennſchalter eine Explosion, wodurch die eiſerne Türe der Zelle aus den Angeln ſlog. Hierbei wurden der Elektriſter Hoppenberg auf der Stelle getötet und der Monteur Haller lebensgefährlich verletzt.

Oppeln

Büroſtunden für die Funktionäre des NSD. Durch die Aufgabe des Kellers in der Sternſtraße werden jetzt alle Notizen-Frontlämpfer-Angelegenheiten, wie Abrechnung von Beiträgen, Empfang von Marken, Beſtellung von Uniformen, Auskünfte jeder Art, an jedem Sonnabend in der Zeit von 17—19 Uhr im „Echo“-Büro erledigt. Dieſe Zeit muß genau innegehalten werden, da ſonſt die in Frage kommenden Funktionäre nicht anweſend ſind.

Die Möbel auf die Straße geſetzt. Zur ſelben Zeit, wo man Hunderttauſende Mark für die Hindenburg-Empfangskomodie ausgibt, werden faſt täglich Arbeiterfamilien „Im Namen des Volkes“ aus ihren Wohnungen auf die Straße geſetzt. So wurden am vergangenen Freitag in Oppeln in der Nähe des Sebaſtiansplatzes der fünfköpfigen Familie Schiller vom Gerichts-Beſitzer einfach

die Möbel auf die Straße geſetzt. Dabei haben die Leute ihre Miete bis auf den letzten Pfennig jedesmal pünktlich bezahlt. Lediglich wegen Streits um einen Hauſſchlüſſel ſollte das Gericht kurzerhand das Räumungsurteil. Eingereicht wurde die Klage durch die weit und breit bekannte fleißige Kirchenbeſucherin und Hauſbesitzerin Frau Spinne. So ſieht die praktiſche „Nächſtenliebe“ dieſer Katholiken aus, die ſich nichts daraus machen, ihren Mitmenschen auf die Straße zu ſetzen. Würde die katholiſche Kirche Wert darauf legen, daß den Worten auch chriſtliche Taten folgen, ſo müßten doch eigentlich ſolche Katholiken ausgeſchloſſen werden. Davon hört man aber nichts. Ihre Sünden werden ihnen immer wieder vergeben.

Allen Arbeitern, welche ebenfalls vom Hauswirt mit Räumungs-Klage gedroht wird, empfehlen wir, ſich ſofort an einen der kommuniſtiſchen Stadtverordneten zu wenden, wo er koſtenlos entſprechend beraten und, wenn erforderlich, vor dem Gericht koſtenlos vertreten wird.

Wie man mit Erwerbsloſen umspringt. Ein Erwerbsloſer ſchreibt uns: Am 25. September wurde mir Arbeit beim Miefenamt zugewieſen. Meinen Verdienſt für die Zeit bis 29. September habe ich erſt am 6. Oktober erhalten. Meine Bitten, mir das Geld ſchon früher auszuhändigen, blieben unerhört, wo ich zu Hauſe Frau und drei Kinder habe. Am 2. Oktober erſchien der Hauswirt und verlangte die Miete. Von den letzten 13,50 Mark Erwerbsloſenunterſtützung konnte ich ſie natürlich nicht bezahlen. Sofort wurde mir mit der Exmittierung gedroht. In der Zeit meiner Erwerbsloſigkeit wollte man für meine zwei Kleinkinder, die eine Monatsrente von 7,42 Mark beziehen, keine Zulage geben, obwohl die Rente niedriger als der Unterſtützungszuſchlag für die Kinder iſt. Ja, ja, für Panzerkreuzer gibt es Geld.

Ost-Oberschlesien

Streik auf der Baildon-Hütte. 220 Walzwerkſarbeiter haben auf der Baildon-Hütte in Dombrowa wegen Lohnforderungen am Freitag die Arbeit niedergelegt, ſo daß an die Löſchung der Deſen im Walzwerk herangegangen werden mußte. Die Walzwerkſarbeiter fordern eine Erhöhung des Schichtlohnes auf 17 bis 18 Floth, während der hiſterige Satz 14½ Floth im Durchſchnitt beträgt. Die Werksdirektion hat die Lohnhöhung mit der Begründung abgelehnt, daß die Forderungen unbegründet und die Lohnſätze keineswegs ſchlechter als auf anderen Anlagen ſeien.

Erotik und Spionage

in der Etappe Gent Von Heinrich Wandt

10 (Copyright by Agis-Verlag / Wien-Berlin.)

Ein Epſchvogel antwortet: „Wir wollen uns für heute nur etwas ausbuchen, wenn ihr es geſtatet, Herr Gewatter!“ Und ein anderer Franzoſe, der weniger zum Wibel aufgelegt iſt, ſchreit ſpottend: „Dummköpfe, ſetzt ihr denn nicht, daß wir vor den Preußen ausreihen?“

„Merde!“ hallt die verbiſſene Erwiderung der enttäuſchten Frager, indes die anwohnenden Bürger eilen, dieſe erſchöpften Soldaten der befreundeten Republik mit Erfrüchungen zu erquiden.

Den flüchtenden Franzoſen folgen auf dem Fuße große Abteilungen der nun gleichfalls ſchleunigst zurückgehenden Engländer und Belgier.

Sie marſchieren am Belſried vorbei und über die St.-Michaels-Brücke hinweg zur anderen Stadtſeite hinaus, in der Richtung Brügge.

Vom Rathaus flattern noch immer die belgiſchen, engliſchen, franzöſiſchen und ruſſiſchen Farben im Sonnenlicht, und von den Bohrhäuſern die ſchwarzgoldroten Wimpel des Landes und die ſchwarzweißen der Stadt. Und es gibt noch immer Optimiſten, die an die friſch ausgeſtreute Behauptung glauben, daß die Verbündeten die Stellung bei Quatreſt hielt und die Deutſchen auf dem Rückzug begriffen ſeien.

Als ſich die Nacht herniederſenkt, ſtrömen die Gentenaarz, die endlich wiſſen wollen, wie der Haas läuft, auf allen Straßen, die zum Rathaus führen, ſubteinwärts, um von dem engliſchen Stab Häheres zu erfahren.

Sie gelangen bis zum Botermarkt, aber dort heißt es: „Bis hierher und nicht weiter!“

Die Tommys haben ihn nämlich mit Stachelndraht abgeſperrt, damit den Offizierspferden, die in dieſer Umzäunung ſeit drei Tagen freis geſattelt und ausgegännt angeſpöckelt ſind, kein Ausbuche einen Schaberwad antut, und die Herren Generalhäher, wenn die allgemeine Flucht angeht, gleich ungehindert ausreihen können.

*) Sch...

Die Wachtpoſten, die mit aufgeregten Fragen beſtürmt werden, ſtehen ſtum und ſtarr wie Delgöhen da, und es ſcheint, daß ſie ſich noch ebendrin an der blaſſen Furcht der angeſammelten Bürger weiden.

So vergehen noch einige Stunden, und dann um 11 Uhr abends erſcheint mit einem Schlag alles Licht, und in der von dem Grauen einer abſoluten Finſternis umfangenen Stadt entſteht eine beipielloſe Panik.

Man vernimmt, ſchon halb gelähmt vor Schreck, daß der Militärgouverneur und ſeine famoſe Genjur bereits wieder über alle Berge ſind; und die trotz der Dunkelheit um den Botermarkt herum weiter verharrenden Menſchenmaſſen werden gewahrt, wie ſich der engliſche Stab Hals über Kopf gleichfalls auf den Weg nach Brügge macht.

„Verdammt ſchmierlappen! ruft ein Prolet den eiligst davongaloppierenden Offizieren nach, „Ihr bringt eure Haut in Sicherheit, und uns laßt ihr in der Ech...!“

Zur ſelben Zeit hallt ſich in der angrenzenden uralten Nagelſtraße vor der bekannten Patifferie von Louis Breſou, in der ſpäter der „Genter Bund“ ſein Hauptquartier aufſchlug, ein großer Auſlauf zuſammen.

Zwei belgiſche Soldaten, einige von den ganz wenigen Nachzügler, die ſich noch in der Stadt befinden, kommen des Weges gezogen.

Der eine, der ziemlich angetrunken iſt, ſchreit den Bürgern zu: „So, der Stab iſt ausgerückt? Dann ſind die Deutſchen morgen früh in Gent!“

Die Menge iſt wütend und möchte den Irrenden Unglücksſtaben am liebſten oſchneigen. Sein Kamerad ſtellt ſich indes ſchützend vor ihn und packt ihn feſt am Arm und ſagt: „Menſch, das darſt du doch nicht ſagen!“

Aber der kümmert ſich den Teufel darum und brüllt mit der Hartnäckigkeit des Beſeſſenen noch lauter: „Ja, wenn der Stab ausgerückt, dann ſind die Deutſchen morgen da, das habe ich ſchon dreimal mitgemacht!“

Da legt ihm der andere mit aller Gewalt die eine Hand auf das loſe Knie und gerät ihm eilig mit ſich fort; denn ſonſt wäre es ihm ſicherlich ſehr übel ergangen.

Die Straßen leeren ſich in dieſer Nacht noch lange nicht, und es gibt nur wenige Leute in Gent, die ſich während ihr eines ungeſtörten ſüßen Schlummers erfreuten

Morgens, am 12. Oktober, geht dann ein einziger angſterfüllter Schrei durch die Stadt: „Die Deutſchen ſind da!“

Zehn Ulanen, von denen ſich ſechs zu Pferd und vier zu Rad befinden, treffen, vom Antwerpener Steenweg herkommend, unter der Führung eines Sergeanten um halb zehn Uhr vormittags vor dem Rathaus ein und werden dort von dem vollſtändig verſammelten Schöffentollegium, an deſſen Spitze der Bürgermeister Braun und der bekannte ſozialdemokratiſche Abgeordnete Eduard Anſeeſe, der ſpätere belgiſche Arbeitsminister, ſtehen, mit ſehr genüßlichen Gefächeln empfangen.

Zwei Dragoneroſfiziere, die von ſechs Gemeinen begleitet und über den Bräuſſeler Steenweg in Gent eingeritten ſind, geſellen ſich eine halbe Stunde ſpäter zu der ſich nun entſpinnenden Verhandlung, die die Beſetzung der uralten und ſchiffſaſeichen flandriſchen Metro-pole zum Gegenſtand hat.

Derweilen werden die draußen auf dem Botermarkt haltenden Mannſchaften von einer raſch ſich zuſammenballenden Menſchenmenge in Augenschein genommen.

Aber ſie läßt keine einzige unfreundliche Aeußerung verlautbaren, und ſie verhält ſich überhaupt in jeder Hinſicht ſehr beſonnen.

Der Kellner vom Ratskeller, der beim Erblicken der feindlichen Reiter gellend durch die Finger zu pfeifen beginnt, wird von dem ſtämmigen Beſitzer eines nahen Glaminets ſofort am Kragen gepackt und ſo durchgebäut, daß er nicht mehr ſich, ſondern die Engel im Himmel pfeifen hört.

Und ein paar Lauzhuben, die im ſicheren Hintergrunde Steine aufſtehen, um ſie den „Pruiſen“ meuchlings an den Kopf zu ſchmeißen, werden von einigen handfeſten Bürgern derb am Schlaſſitſchen genommen und durch die Menge, die zu dem Zweck willig Platz macht, in die vorderſte Reihe geſtoßen: „So, ihr „Ventjes“,“ euzt Steine könnt ihr werfen, aber ihr müßt euch auch ſehen laſſen, damit ſich die Kavalleriſten auch bei euch und nicht bei uns bedanken!“

(Fortſetzung folgt.)

*) Preußen.
*) Bütſchlein, eigentlich Fäntlein, kommt von Fant.

Bericht: Für den vollſtändigen Teil Arthur Dombrowitz, Hr. „Gewalttätigen“ und „Berichte im Kampf“ und „Hindenburg“ Alfred Thomas, für „Breslau“, „Schilly“ und die übrigen Beilagen Friedrich Kalla, ſämtlich in Breslau. Für den oberſchleſiſchen Teil Theodor Reiter, Gleiwitz. — Für Inſerate H. Berber-Breslau

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

- Breslau.**
 — Stadteil West. Montag 20 Uhr kombinierte Mitgliederversammlung mit KZB im Lokal „Gambriusstraße“, Lange Gasse.
 — Stadteil Zentrum. Dienstag 17 Uhr erscheint alles im „Turmhof“.
Kommunistischer Jugendverband
Breslau
 — Montag 19,30 Uhr Mitgliederversammlung bei Reimann, Neue Antonienstraße.
Unterbezirk Waldenburg-Mittwasser. Montag 20 Uhr Mitglieder-Versammlung im „Eisernen Kreuz“.
Roter Frontkämpfer-Bund
Breslau
 — Abt. 3. Heute 19,30 Uhr Kameradschaftsabend „Stadt Namslau“, Matthiasstraße 211.
 — Abt. 4. Heute 19,30 Uhr General-Mitgliederversammlung im Lokal „Gambriusstraße“, Lange Gasse. Alles erscheint in Bundeskleidung. Funktionäre um 19 Uhr im kleinen Zimmer.
 — Abt. 5. Heute 19,30 Uhr öff. Kameradschaftsabend im „Turmhof“. Sympathisierende mitbringen. — Dienstag 17 Uhr erscheint alles im „Turmhof“.
 — Abt. 6. Montag 19 Uhr Antreten zur Demonstration mit Kapelle am Brausebad, Sadowastraße. Kameradschaftsabend fällt aus.

- Aufnahmeunterstützung. Dienstag 20 Uhr Kameradschaftsabend im „Roten Löwen“, Kupfergasse 12.
Roter Frauen- und Mädchenbund.
 — Abt. 2. Dienstag 19,30 Uhr Kameradschaftsabend bei Mitschke, Jägerstraße 2.
Stb. West, Zentrum. Dienstag 20 Uhr Kameradschaftsabend bei Wind, Mariannenstraße 16. Alles pünktlich erscheinen.
Sonstige Organisationen
Breslau
 — Arbeiter-Schüler-Bund. Mittwoch 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Reimann, Neue Antonienstraße. Gen. Thomas berichtet über den Bundeskongress.
 — Öffentl. Note Hilfe. Mittwoch Mitgliederversammlung im „Felsenkeller“. Bericht über die Bezirkskonferenzen.
Waldenburg. Deutscher Bauernbund. Dienstag 18,30 Uhr Versammlung Stadtbrauerei. Ref.: Kollege Grams-Rönnigsberg.

Achtung! Kaffierer! Auf Postcheckkonto Breslau 29 016 G r i c h G a u s e n müssen sofort Kontozahlungen für die Sammlungen zum Volksbegehren „Gegen Panzerkreuzer und Kriegsgefahr“ eingezahlt werden. Auf der Zahlkarte ist zu vermerken, ob dieser Betrag für Listen oder Marken zu verbuchen ist.
 Bez.-Stg. der SPD, Schlesien, Abt. Kasse.

Achtung! Beauftragten

der Kommunistischen Partei Deutschlands, des Roten Frontkämpferbundes, des Kommunistischen Jugendverbandes und der Ausschüsse für den Volksentscheid gegen Panzerkreuzerbau
 müssen auf Wunsch Auskünfte über den Fortgang der Eintragungen gegeben werden.
 Solche Auskünfte können nicht abgelehnt werden, weil unsere Beauftragten sich rechtzeitig vergewissern müssen, ob noch Eintragungslisten nachzuliefern sind.

Chlorodont

befreit ablen Mundgeruch u. häßlich gefärbten Zahnelag
 90 mm

Ein Genie der Zirkuswelt.

Seine Bedeutung für die gesamten Schausteller.
 Von Martin Behrend.

Wer die Verhältnisse der Artistenwelt, besonders die des Zirkusses, kennt, weiß, wie schwer, wie ungemein schwer es ist, sich durchzusetzen, selbst wenn man mit einem durchaus gesicherten Fundus und gestützt auf eine artistische beziehungsweise zirkusmäßige Tradition in Erscheinung tritt. Besonders hervorzuheben ist, daß, wer in der Jetztzeit diesen Sprung ins Unbekannte tut, sich einer doppelten Gefahr aussetzt, weil wir, besonders in Deutschland, mit kleinen, mittleren und großen Zirkussen reichlich versorgt sind. Um so mehr muß man anerkennen, ja bestaunen, daß ein Mann aus bürgerlichen, also nicht aus artistischen Kreisen, diesen Sprung gewagt und — es zu einem unglaublich großen Unternehmen gebracht hat. Der Mann, der diese ungemein schwierige Tat vollbracht, nennt sich, und heißt nun für die ganze Welt Sarrasani! Dieses Wort ist nicht nur ein Eigenname, sondern ein Begriff! In ihm vereinigt sich Laibkraft und Erfolg zu dem Begriff Genie. Kaum ein Leser dieses Blattes wird ahnen, mit welchen vielen und großen, allen anderen Gewerbetreibenden unbekanntem Schwierigkeiten der kleine Zirkus zu kämpfen hat. Dessen Besitzer muß oft erst um die Günst der Behörden buhlen, um nur die Erlaubnis zu bekommen, sein Zelt aufzuschlagen, also seinem Brot-erwerb nachzugehen. Wenn diese Erlaubnis erteilt ist, heißt es mit den Leistungen die Günst des Publikums, dieses launischen Ungeheuers, zu gewinnen. Wer als Schausteller sein Dasein fristet, weiß die Bedeutung eines Mannes wie Sarrasani zu schätzen.



Als Maharadscha mit seiner Elefantenherde wird Hans Stöck-Sarrasani überall bejubelt.

ist es, was ihnen, den Niebergebrochenen, den am Wege Verendeten oder, wenn das Glück es wollte, in die geordnete Bahn des Fortschritts zurückgelehrt, den Weg zum Erfolg mit verbaut. Damit soll durchaus nicht gesagt sein, daß nicht die Ungunst der Verhältnisse zum größten Teil ihre Niederlage herbeiführte.

Aber erträumt hat Sarrasani sich wohl niemals etwas vom Schicksal. Er wollte mit eiserner Energie und Willenskraft hatte er sich seinen Weg gezeichnet, ein Herrscher im Reiche des Zirkusses zu werden. Und indem er das Wort der Römer: „Panem et circenses“ (Brot und Spiele) in des Wortes verwegenster Bedeutung, allerdings in anderem als im herkömmlichen Sinne wahrgemacht hat, indem er für eine sehr große Zahl von Artisten und ständig Angestellten sehr auskömmlich zu sorgen wußte, hat er eine Großtat begangen.

Ein Bagant, einer von jenen, von denen die festhaften Leute sagten: „Nehmt die Wäsche von der Leine, die Zigeuner kommen.“ ist Sarrasani in des Wortes verwegenster und vornehmster Auslegung; denn vornehm im höchsten Grade ist sein Zirkusunternehmen. Und war es doch so gar nicht im Beginn seiner Laufbahn.

Du meine Güte, nachdem er sich von zu Hause „weggemacht“ hatte, wie es so schön heißt — es mag harte Kämpfe gelostet haben, — gelang es ihm wohl nicht ohne größte Schwierigkeiten, ein Engagement als Clown zu bekommen. Nach einiger Zeit etablierte er sich mit drei Pferden und einigen Hunden als Zirkusprinzpal, und heute ist er wohl unbestritten der Besten und Vetter des größten Zirkusses der Welt, wenn man in Betracht zieht, daß er den Einmanegebau beibehalten hat. Sein fester Zirkus in Dresden gibt 5000 Zuschauern Platz. Und weiter geht es, immer weiter zu noch größeren Erfolgen als bisher; denn dieser Mann, der im Jahre 1901 zur Weihnachtszeit zu Brandenburg an der Havel als Saalpächter begann und im Frühjahr darauf schon als Zirkusdirektor auftreten konnte, wird nicht ruhen. So wenig es ihn entmutigte, als er sein kleines Zelt in Meißner aufgestellt hatte, wo es am Eröffnungstage vom Aprilsturm umgeweht wurde. Er hatte es mit entschlossener, starker und kundiger Hand sehr bald wieder aufgebaut und dann immer weiter an seinem Unternehmen gearbeitet, das heute in der ganzen Welt einen weitverbreiteten hochgeachteten Namen hat.

Er hat diesen Namen, als in Deutschland der Niedbruch erfolgte, hinübergetragen über das große Wasser, um in Südamerika für Deutschlands Ansehen zu werden. Alles, was Deutschland hieß, war ja verpönt in der ganzen Welt, und deshalb war seine Tat ein Wagnis ohnegleichen. Nicht nur der verlorene Krieg, den wir einer erdrückenden Macht gegenüber erliegen, zu verzeichnen hatten, war es, der uns aus der stolzen Höhe herabgeschleudert hatte, es war auch die unehle Art, mit der uns die Gegner in aller Welt schlechtgemacht hatten.

Man wollte, ja, man konnte es ja gar nicht glauben, daß etwas Gefundes, nicht Verkauftes dieses angefeindete Land zu zeigen hatte, und man war wahrhaftig nicht geneigt, dem Manne Sarrasani mit Wohlwollen entgegenzukommen. Und doch hat dieser es fertiggebracht, die Voreingenommenheit, die man gegen alles, was aus Deutschland kam, nun einmal hatte, in das Gegenteil zu verkehren.

Hans von Bülow, dieser große Musiker, hatte in der Kaiserzeit, um seiner Nichtachtung kräftigen Ausdruck zu geben, von einem „Zirkus Hülsen“ gesprochen. Ein Zirkus Sarrasani ist heute der Ausdruck für etwas, das Anerkennung in hohem Maße heißt! — So ändern sich die Zeiten! Hat doch Max Reinhardt, der große geniale Theatermann, seiner Freude bezüglichen Ausdruck verliehen, als Sarrasani ihn bei seiner Rückkehr von Amerika als einer der ersten begrüßte. Warum ist der Fall Sarrasani so vielfach für die ganze Schaustellerwelt?

Der Kampf um die Existenz des ambulanten Gewerbes in Deutschland ist mit furchtbarer Gewalt ausgebrochen. Die Feinde, die die fahrenden Leute von der



Die gewaltige Zirkuszeltstadt, die Sarrasani heute sein eigen nennt.

Bildsäule verschwinden lassen wollen, sehen in ihrem geschäftlichen Hab nicht, wie sehr sie sich schädigen, wenn sie immer und immer wieder darauf hinweisen, daß die Messen und Märkte und verwandte Veranstaltungen aufgehört sollen, daß sie sich in das eigene Fleisch schneiden, wenn sie nicht darauf achten, daß alles das, was sie in diesem Rahmen befinden, Geld, viel Geld unter die Leute bringt, das ihnen nicht zugeflossen wäre, wenn die fahrenden Leute nicht die Gelegenheit dazu gebracht hätten. Sie sehen auch nicht, daß mit dem Verschwinden der Baganten, vom großen Schausteller bis zum kleinsten Händler eine Anzahl von Industrien mit den vielen, vielen Arbeitern und Angestellten schwer leiden, zum Teil zugrunde gehen müssen, was selbst die Wirkungen unter allen Umständen auch auf sie selbst haben muß.

Vielleicht aber werden sie anderen, besseren Sinnes, wenn sie auf den Großunternehmer im Schaustellergewerbe Sarrasani achten, der Millionen Mark in Umlauf bringt und überall, wohin er kommt, große Anteile davon den Bewohnern der betreffenden Städte zufließen läßt.

GREILING



TYP 5

MIT DEM NEUEN EDELWEISS-MUNDSTÜCK

Greiling Typ 5 ist eine Sensation. Der fabelhafte Geschmack, das ganz neue Edelweiß-Mundstück erregen bei allen Feinschmeckern die höchste Bewunderung. Schon wenige Tage nach der Einführung werden bereits Millionen täglich geraucht. Kein Raucher kann sich den großen Vorzügen dieser neuen 5-Pfg.-Zigarette auf die Dauer verschließen.

Waldenburger Bergland

Zur Streiklage

Waldenburg, 8. Oktober.

Heute ist der sechste Streiktag. Die am Freitag und Sonnabend beschäftigten Einschränkungen der Notstandsarbeiten wurden nicht durchgeföhrt, weil der Schlichter für die Provinz Niederschlesien die Parteien zu einer Verhandlung am Sonnabend ins Landratsamt geladen hatte. Obwohl von vornherein klar war, daß diese Verhandlungen die Erfüllung der 15prozentigen Mindestforderung nicht bringen konnten, hatte die Zentralkommission die Notstandsarbeiten in dem bisherigen Umfange verrichten lassen. Ueber den Ausgang der Verhandlungen berichten wir im politischen Teil.

Wie allen erinnerlich, schlug die Opposition bei der Aufstellung der Lohnforderungen vor, 90 Prozent der Ruholöhne zu verlangen. Die reformistischen Führer des Bergarbeiterverbandes sagten, dieser Vorschlag sei übertrieben, und beeinflussten die Konferenzdelegierten zur Annahme der 15prozentigen Forderung. Diese 15 Prozent betrachten nun alle Bergarbeiter als das mindeste, was der Kampf bringen muß. Bei der Erfüllung dieser Mindestforderung würden sich die Löhne wie folgt erhöhen:

Nach d. 15prozentiger Lohnhöhe	jetzt	Lohnhöhe
Arbeiter am Hauptförderer	5,20	6,05
Die anderen auf der Hängebank und Verlad.	5,00	5,75
Selbständige Handwerker	5,50	6,33
Rohleiarbeiter (für diese wird in der reformistischen Entschickung ein Ausgleich gefordert, doch in welcher Form und Höhe, wird nicht gesagt)	5,18	6,03
Erzbergarbeiter	5,18	6,03
Lagerarbeiter	4,88	5,61
Unter Tage		
Himmelhauer	5,60	6,44
Lehrhauer und Hilfszimmerhauer	5,51	6,34
Schlepper über 20 Jahre	5,13	5,90
Gebirgs- und Verladearbeiter (6,44 + 10%)	5,60	7,08

Die Aufstellung zeigt, wie minimal die Lohnhöhe bei der Erfüllung der 15prozentigen Forderung sein würde. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß schon jetzt die tatsächlich gezahlten Löhne zum Teil höher sind, als die Mindestlöhne des Tarifs.

Die Grubenbesitzer, denen die seltene Einmütigkeit der Streikenden einen nicht geringen Schrecken eingejagt hat, versuchen, mit Polizeiterror die Streikenden einzuschüchtern. Nachdem das „Neue Tageblatt“ am Donnerstag über den „mangelnde n Schuß“ der Arbeitswilligen geklagt hatte, veröffentlichte es am Freitag eine Zuschrift der Fürstlichen Grubenverwaltung. Diese lautet:

„Von der Fürstlich Pleßischen Verwaltung wird uns mitgeteilt, mehrere Arbeiter einer Schachtanlage hätten ihr gemeldet, daß sie in der Nacht zum 4. Oktober, als sie zur Schicht gingen, auf dem Wege zur Arbeit von Streikposten angehalten, beschimpft und angepöbelt worden seien. Erst nach einer gewissen Zeit sei es ihnen gelungen, einen Schupo beamten für sich zu interessieren, der ihnen dann dazu verholfen habe, auf Grund eines Ausweises die Zeche zu betreten; die Arbeiter, die im vorliegenden Falle lediglich Notstandsarbeiten verrichten wollten, lehnten es ab, sich in Zukunft solchen Unannehmlichkeiten auszuweisen, und bäten um einen erhöhten polizeilichen Schutz. Die Arbeiter hätten sich insbesondere darüber beklagt, auf dem ganzen weiten Wege zur Arbeit nur einen einzigen Polizeibeamten kurz vor Schichtwechsel angetroffen zu haben.“

Von der Fürstlich Pleßischen Verwaltung wird uns weiter mitgeteilt, daß über jeden Fall von Verletzung von Arbeitswilligen ein besonderes Protokoll aufgesetzt und zur Einsichtnahme bereitgehalten werde.

Zu übrigen herrscht im gesamten Revier Ruhe. Die Streiklage ist unverändert.“

Der Zweck dieser Veröffentlichung ist durchsichtig. Man will den wenigen Arbeitswilligen Mut einflößen. Deshalb schreibt man nach Verstärkung der Polizeiposten. Wie verlogen die Zuschrift der Fürstlichen Verwaltung ist, zeigt die letzte Zeile, in der selbst das deutschnationalen „Tageblatt“ zugeben muß, daß im gesamten Streikrevier Ruhe herrsche.

Mit der zweiten Woche des Streiks wird natürlich eine Verschärfung eintreten müssen. In der ersten Woche bekamen die Bergarbeiter noch das Abzugsgehalt für die letzten Arbeitstage. Jetzt sind sie ausschließlich auf die Streikunterstützung angewiesen. Mit dieser wird es ihnen möglich sein, nötigenfalls wochenlang in dem Streik auszuharren. Schwieriger ist die Lage der Unorganisierten. Wohl hat der Bergarbeiterverband beschlossen, die Karenzzeit auf 13 Wochen herabzusetzen. Doch das genügt nicht. Im Interesse der organisierten Kollegen selbst muß der Verband auch an die Kollegen eine Unterstützung zahlen, die erst kurz vor oder während des Streiks in den Verband gekommen sind. Man muß bedenken, daß der Hunger mehr tut und so manchen unorganisierten Familienvater zum Streikbruch zwingen kann. Auch ist es durch diese Unterstützung möglich, viele Unorganisierte dauernd für den Verband zu gewinnen. Gleichzeitig muß versucht werden, die Gemeindeparsamente zu Hilfsaktionen zu veranlassen. Der Hinweis der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, daß es den gewerkschaftlichen Grundfragen widerspreche, die Parlaamente anzurufen, ist falsch. Die Sorge für die Gewerkschaftsmitglieder ist natürlich in erster Linie die Aufgabe der Gewerkschaften selbst. Doch es gibt Notstände — und besonders in Waldenburg — die zu lindern nicht Aufgabe der Gewerkschaften ist. Diese Notstände, hervorgerufen durch die verbrecherischen Geheze des Privatkapitalismus, müssen auch von dem kapitalistischen Staat und den Kommunen beseitigt werden. Die sozialdemokratische Gemeindefraktion in Nieder-Hermsdorf hat am Dienstag vergangener Woche im Gemeindeparsament folgenden Antrag zur Annahme eingebracht:

„Die Gemeindevetretung beschließt im Rahmen ihrer gesetzlichen Zuständigkeit und im Einvernehmen mit dem Fürsorgeverband und den Nachbargemeinden, schon heute dem Gemeindevorstand bzw. Wohlfahrtsausschuß die Mittel zur Verfügung zu stellen, die zur Abwendung der dringlichsten Not erforderlich sind. Wegen der Deckung der Mittel bleibt besondere Vorlage zu machen.“

Die Annahme dieses Antrages ist keine Hilfe für die Bergarbeiter und ihre Kinder, denn nach den Fürsorgebestimmungen dürfen Streikende und ihre Familienangehörigen keinerlei Unterstützung erhalten. Die Fürsorgeleistungen sind verpflichtet, den von Unterstützung Erwerbenden Arbeit nachzuweisen, d. h. sie zum Streikbruch aufzufordern. Das wird kein Bergarbeiter wollen. Die Dringlichkeitsanträge in den Parlamenten müssen klar die Bereitstellung einer bestimmten Summe zur Unterstützung der durch den Streik in Not geratenen Gemeindevorstand und ihrer Familienangehörigen fordern, wobei der Fürsorgeverband über dieses Geld nicht verfügen darf. Aus dem bewilligten Geld können Spezial-

suchen errichtet, Geldbeträge an die Gemeindevorstand gegeben werden usw. Das würde eine wirkliche Hilfe für die Streikenden sein.

Die zweite Streikwoche hat begonnen. Die Kampfaussichten sind nach wie vor gut. An der Mindestforderung von 15 Prozent darf nicht gezweifelt werden!

Groß-Waldenburg

Selbstmord. Erschossen aufgefunden wurde heute vormittag der Gerichtsvollzieher Trenz in seiner Wohnung, Freiburger Straße. Dienstliche Verfehlungen haben den Beamten in den Tod getrieben. Der Erschossene hinterläßt eine Familie mit sechs Kindern.

Schwelmbitz

Für Arbeiter gibt es keine Wohnungen!

Ein Arbeiter schreibt uns: Ich habe mich vor einiger Zeit verheiratet, wohne vorläufig bei den Eltern und laufe seit fünf Monaten fast täglich aus Wohnungsmangel in der Hoffnung, eine Wohnung zu erhalten. Leiter des Wohnungsamtes ist der ehemalige Polizeikommissar und jetzige Hausbesitzer Herr Kretschmer, allen Arbeitern latfam bekannt als treuentscher Mann. Glaubt man einmal Beschwerde zu führen über diesen Herrn Kommissar bei dem Deputierten Franke, so darf man nur im guten Ton verkehren. Es fehlt bloß

Görlitz

An die Mitglieder der proletarischen Organisationen!

Wir ersuchen alle unsere Mitglieder, sich in die Listen für das Volksbegehren gegen Panzerkreuzerbau einzutragen. Es ist unsere Pflicht, gegen jede Aufrüstung entschieden Stellung zu nehmen sowie die Propaganda gegen den Panzerkreuzer ganz energisch zu unterstützen! Ferner ersuchen wir die erwerbslosen Mitglieder, sich persönlich zur Propaganda für das Volksbegehren in der Geschäftsstelle, Lunitz 8, zur Verfügung zu stellen.

Das Einheitskomitee für den Volksentscheid gegen Panzerkreuzerbau.

Der Operateur vom „Gloria-Film“. Vor reichlich vier Wochen stand auf dem Marienplatz ein Filmoperateur, der den Vorübergehenden zurief: „Sie sind soeben gefilmt!“ Kein Wunder, daß er reichlich Bestellungen auf Bilder erhielt, die recht vorteilhaft angeboten wurden. Die Interessenten bezahlten und erhielten eine durchaus vertrauenerweckende Quittung mit dem Aufdruck „Gloria-Werbe-Film, Berlin W. 15, Emier Straße 4.“ Bis heute warten die Besteller auf die Lieferung durch die Firma, die in Wirklichkeit nicht existiert.

Grünberg

Unglaubliche Zustände auf dem hiesigen Arbeits- und Wohlfahrtsamt

Unter dieser Ueberschrift berichteten wir in der Nr. 183 vom 7. August über eine Erwerbslosenversammlung, in der von mehreren Erwerbslosen lebhaft Klage geführt wurde über die anlässlich der Vermittlung von Grünberger Erwerbslosen zur Arbeit nach Frankenstein i. Sa. zutage getretenen Zustände. Dazu geht uns vom Wohlfahrtsamt der Stadt Grünberg folgendes Schreiben zu:

„Die Firma Pflau u. Wiede fragte am 14. Juli 1928 telephonisch beim Arbeitsnachweis Grünberg an, ob für ihre Arbeitsstelle in Frankenstein in Sachsen 20 kräftige Erdarbeiter gestellt werden könnten. Als Stundenlohn wurden 88 Pfennig angegeben. Der Arbeitsnachweis fragte darauf telegraphisch in Frankenstein an, ob die angeforderten Arbeiter nicht von dort gestellt werden könnten. Es wurde angenommen, daß in Frankenstein ein Arbeitsnachweis sei. Darauf ging vom Gemeinderat in Frankenstein die schriftliche Antwort ein, daß die 20 Arbeiter unüberzählig von hier gestellt werden sollten. Die Arbeitsverlegenheit wurde durch Anhang betanngemacht, worauf sich die erforderliche Anzahl Arbeiter freiwillig meldete. Richtig ist, daß eine Anzahl notorisch Erwerbsloser, die in der Fürsorge des Wohlfahrtsamtes standen, aufgefordert wurden, die Arbeit in Frankenstein anzunehmen. Ein Teil dieser Leute ging freiwillig mit nach Frankenstein, lehrte aber bald wieder zurück, weil sie nach ihrer Angabe keine bzw. nur unzulängliche Unterkunft gefunden hatten. Die Nachprüfung durch das Arbeitsamt hat aber ergeben, daß die betreffenden in Frankenstein sich um die Aufnahme der Arbeit überhaupt nicht bemüht haben. Es wurde ihnen deshalb die Wohlfahrtsunterstützung für 14 Tage gekürzt. Der namentlich angegriffene Dienststellenleiter der Wohlfahrtsverwaltung, Oberstadtkämmerer Kaupfe, war zu der Zeit auf Urlaub und hat mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun gehabt.“

Wie wir bereits oben sagten, handelte es sich bei unserem Artikel um die Wiedergabe eines Berichts über eine Erwerbslosenversammlung. Dem Grünberger Wohlfahrtsamt oder empfehlen wir, wenn wieder eine Erwerbslosenversammlung stattfindet, einen Vertreter dorthin zu entsenden, damit das Wohlfahrtsamt sich gleich vor denjenigen, die es angeht, verantworten kann. Dann kann es sich Berichtigungen ersparen.

Lauban

Mord an einem Greise. In seinem Laden auf der Richterstraße wurde der 73 Jahre alte Seilermeister Hannak ermordet aufgefunden. Die Ehefrau war nachmittags zur Post gegangen und fand, als sie zurückkam, die Tür des Ladens verschlossen. Auf ihre Erlaubung bei dem Haushälter des Hotels „Zum Hirsch“, ob ihr Mann fortgegangen sei und den Schlüssel abgegeben habe, wurde ihr eine verneinende Antwort zuteil. Als sie wieder zum Laden zurückkehrte, fand sie die Ladentür offen. Ihrem Mann war die Schädeldede zertrümmert. Wenige Minuten später verschied Hannak. Der Mörder hatte die Ladenkasse entwendet. Vorläufig fehlt von dem Täter jede Spur. Der Ermordete weist eine Schußverletzung am Hinterkopf auf. Aus der Ladenkasse dürfte nur ein Betrag von etwa 20 Mark geraubt sein. Die Leiche wurde von der Staatsanwaltschaft beiseitegenommen.

Für die Ermittlung des Täters ist vom Regierungspräsident in Liegnitz eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt worden. Bei dem Täter soll es sich um einen 35-40 Jahre alten Mann handeln, der einen braunen Manteltranzug, grüne Klappmütze und einen gelben spitzen Stiel trug.

Bunzlau

Abzug eines Auto-Ladunges. Bei „Waldbühel“ bei Grentsch in der Nacht ein schwerer Ladung beim Anweihen vor einem Sandhauken nach links über die Straße, durchbrach das Gitter und stürzte reichlich drei Meter tief in den Schwarzwassergraben. Sämtliche Vordächer kürzten ins Wasser. Der Fahrer und ein Begleiter erlitten schwere Kopfverletzungen und innere Verletzungen. Der 120 Cent-

nach der alle Kasernentom: „Reihen Sie die Knochen zusammen, wenn ich mit Ihnen rede!“ Als Trost bekommt man dann die „schönen“ Worte: „Wir haben noch Bewerber von 1920/21.“ Die eckerliche Wohnung besteht aus Stube und Alkoven. In der Stube schlafen in einem Bett die Eltern, in dem anderen eine Schwester von 25 Jahren und ein Bruder im 15. Jahre, der in seinem Leben noch kein eigenes Bett sah. In der Alkove schläft der verheiratete Sohn. Auf mehrmaligen Protest des Arbeiters sah sich der Herr A. veranlaßt, die Lage der Familie in Augenschein zu nehmen. Er erkennt die elende Lage an, hat aber bis zum heutigen Tage noch keine ernste Miene gemacht, die Zustände zu beseitigen. Trotzdem geht am 15. Oktober die Häuser vom Bund der Bauernoffenschaft und am 1. bis 15. November die Häuser vom Bund der Kinderreichen bezogen werden. Ungefähr 25 bis 30 Wohnungen werden dadurch frei. Den Wohnungsuchenden rufen wir zu: Schließt euch zusammen und protestiert gemeinsam gegen derartige Behandlung. Zeichnet euch in die Listen zum Volksentscheid ein, denn für Panzerkreuzer hat diese Regierung Millionen, für Häuserbau aber keinen Pfennig übrig!

Hohlglerdorf. Die Listen zum Volksbegehren liegen werktags von 12 bis 18 und Sonntags von 12 bis 14 Uhr aus. Werttätige, tragt euch reslos ein!

Landeshut

Eingemeindet. Die Landgemeinde Ober-Leppersdorf ist mit Wirkung vom 30. September ab mit der Stadtgemeinde Landeshut vereinigt worden.

Niederschlesien

ner schwere Wagen, der mit den Rädern nach oben lag, war nur sehr schwer zu bergen, ebenso keine Ladung, ein schwerer Zugmotor, der ebenfalls ins Wasser gestürzt war.

Aus dem Riesengebirge

Hirschberg. Unglücksfälle. Auf der Straße nach Seiffersdorf, Kr. Schönau, stürzte der 38 Jahre alte Techniker Schindler mit seinem Motorrade, erlitt einen schweren Schädelbruch und war auf der Stelle tot. — Auf dem hiesigen Hauptbahnhof wurde der Gepäckträger Körner, als er mit seinem elektrischen Gepäckwagen über das Schreiberhauer Gleis fahren wollte, von einem einfahrenden Zuge erfasst. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß sein Zustand hoffnungslos ist.

Giftmord an der Mutter

Durch die Breslauer Kriminalpolizei ist dieser Tage Aufklärung gebracht worden in eine Giftmordaffäre, die im Wohlauer Kreise viel Aufsehen erregte. Unter dem Verdacht die eigene Mutter zu ermorden zu haben, wurde der Landwirt Glesner sowie seine Ehefrau in Haft genommen. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei sowie die Teilgeständnisse der Verhafteten haben nun ergeben, daß die Anschuldigungen, die gegen die Weiden erhoben waren, zu Recht bestanden. Zwischen den Verhafteten und der 78jährigen Mutter des Glesner bestanden oft Differenzen, die ihren Grund hatten in dem Ausgebirge, das die Mutter von dem Sohn, dem sie den Hof überlassen hatte, zu erhalten hatte. In der Ehefrau und ihrem Mann reifte allmählich der Plan, um das hohe Ausgebirge zu ersparen, die Mutter zu ermorden. Glesner besorgte sich im Juli einen Giftschrein, angeblich zur Vertilgung von Ratten, und kaufte daraufhin auch 10 Gramm Strichnin. Aber erst am 12. September kam es zur Ausführung der Tat. Das Gift wurde dem der Mutter zu liefernden Deputat von Milch, Butter und Brot beigegeben. Als die Mutter nun von der Milch trank, brach sie unter furchtbaren Schmerzschreien zusammen. Sie konnte nur noch ausrufen: „Hilfe, ich verbrenne, ich bin vergiftet!“ Nach einigen Minuten verstarb sie. Da die Mutter mit ihrem Sohne in Unfrieden lebte, lenkte sich der Verdacht zunächst auf diesen und seine Frau. Als nach edn angestellten Ermittlungen sich dies bestätigte, wurde das Ehepaar dieser Tage festgenommen und in das Gefängnis von Binzig gebracht, von wo sie nach Ablegung der Teilgeständnisse am Ende der vorigen Woche ins Untersuchungsgefängnis nach Breslau überführt wurden.

Vereinigte Theater

Lobe-Theater

Sonnabend, 8. 10., 20 Uhr
Uraufführung
Eine kleine Sünde
von Andre Birabeau
Sonntag, Dienstag,
Mittwoch, Donnerstag und
Sonnabend, täglich 20 Uhr
Eine kleine Sünde
Montag u. Freitag, 20 Uhr
Der lebende Leichnam

Thalia-Theater

Von Sonnabend, den 8. 10.
bis Sonnabend, den 13. 10.
täglich 20 Uhr
Der Prozeß Mary Dugan
von Bayard Weiller

Stadt-Theater Breslau

(Opernhaus)
Montag, 19.30 Uhr
Wonnemments-Vorstellung Serie D 3
Carmen
Dienstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie F 3
Der Barbier von Sevilla
Mittwoch, 19.30 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie G 3
Die Zauberflöte
Donnerstag, 18 Uhr
Die Wälfäre
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie H 3
Das Rheingold
Sonnabend, 20 Uhr
Uda
Sonntag, 20 Uhr
Gastspiel Elfe Rothmann
(Metropoltheater Berlin)
Die Fledermaus

Schauspielhaus

Operettenbühne
Breslau
Telephon Nr. 36300
Täglich 20 Uhr:
Der kümmerliche
Felterkelts-Erfolg
Prinzessin
Ti-Ti-Pa
Dienstag, 20 Uhr:
Zum 25. Male:
Prinzessin
Ti-Ti-Pa
Beerdigungsanstalt
C. Heymann
Bestattungs-Versicherung
Ueberführung
und Feuerbestattung
Rlosterstr. 97. Zweiggeschäft Gröb-
lchener Str. 67. — Tel. 58747